



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1928

13.07.1928 - Sitzung Nr. 13

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

N^o 13.

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sitzung vom 15. Juli 1928.

Es fehlten entschuldigt: Becké; Bockhoop; Böhm; Donath; Hansen; Heineken; Heinks; Henke;
Dr. Hillebrecht; Dr. Lange; Kumpf; Schurig; Wolf. Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt		Seite		Verhandelt		Seite
I. Kleine Anfrage: Sicherung der Hafendeckenränder in Bremerhaven (Nr. 62)			338	5. Bau des Aufnahme- und Verwaltungsgebäudes der Krankenanstalt			358
II. Mitteilung des Senats vom 3. Juli 1928:				6. Aenderung des § 96 des Gesetzes, betr. die Ausführung der Deutschen Prozeßgesetze und der Konkursordnung			358
1. Verstärkung der Columbusmauer			338	IV. Antrag: Wohnungsbau für Werktätige (Nr. 45)			(N. z. B. g.)
2. Antrag: Brautstraßenbrücke			340	V. Antrag: Eingabe wegen Polizeigesetz (Nr. 46)			359
3. Bananenumschlaganlage in Bremerhaven			343	VI. Antrag: Rickmers Park (Nr. 47)			359
4. Wörperegulierung			343	VII. Antrag: Endstation der Straßenbahn in Horn (Nr. 48)			359
5. Vergrößerung des Telefonhäuschens des Dr. Droschkenvereins auf dem Bahnhofspiaz			343	VIII. Antrag: Schwerverkehrverkehr (Nr. 49)			361
6. Erwerb eines Grundstücks an der Leher Heerstraße zur Errichtung einer Polizeiwache			343	IX. Antrag: Müllabfuhr (Nr. 50)			363
III. Mitteilung des Senats vom 6. Juli 1928:				X. Antrag: Berufstätigkeit von Mitgliedern des Senats (Nr. 51)			364
1. Neubau des Warenhauses der Rudolph Karstadt A.-G. Aufhebung der Kreyenstraße			343	XI. Antrag: Ruhegehaltsversorgung der Angestellten (Nr. 52)			364
2. Antrag: Nichtigkeit von Mietverträgen			354	XII. Anträge, bei der Haushaltsberatung zurückgestellt (Nr. 53/61)			(N. z. B. g.)
3. Errichtung einer Tageserholungsstätte auf dem Thölken'schen Landgut			354	XIII. Interpellation: Uebergriffe der Polizei (Nr. 63)			(N. z. B. g.)
4. Neubau einer Zentralküche auf dem Gelände der Krankenanstalt			356				
Außerhalb der Tagesordnung wurde verhandelt über:							
Antrag: Schuttanfahnen östlich des Hohwegs			358	Antrag: Maul- und Klauenseuche			358
Antrag: Jugendherberge			358				

Präsident **R. Dunkel.**

Eröffnung der Sitzung 16 Uhr.

Präsident: Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Taube (R.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Sitzung der Bürgerschaft ist die letzte vor den Ferien. Die Art, wie die heutige Tagesordnung aufgestellt ist, zwingt die kommunistische Fraktion zu folgendem Antrag:

wir halten es für nötig, daß der Antrag Nr. IV (Wohnungsbau für Werktätige) und die Interpellation XIII (Ueber-

griffe der Polizei) heute an erster Stelle verhandelt werden, und zwar aus folgenden Gründen — — —

Präsident: Begründen brauchen Sie den Antrag weiter nicht; ich lasse darüber abstimmen. (Zurufe bei den Kommunisten.) Im übrigen möchte ich bemerken, daß die übrigen Gegenstände der Tagesordnung fast durchweg Läufer sind, sodaß der Antrag IV ohne weiteres herankommen wird. Was die Interpellation XIII betrifft, so habe ich in der vorigen Sitzung bereits erklärt, daß sie infolge Abwesenheit von Herrn Bürgermeister Deichmann erst nach den Ferien verhandelt werden kann. (Andauernde Zurufe bei den Kommunisten.)

Theil (S.): Meine Fraktion beantragt, den Punkt IV heute abzusehen. (Gelächter und lebhafteste Zurufe bei den Kommunisten.)

Präsident: Gut, dann muß ich über die beiden Anträge Taube und Theil abstimmen lassen.

Der Antrag Taube wird abgelehnt. Der Antrag Theil wird angenommen. (Erregte Psuirufe bei den Kommunisten.)

I. Kleine Anfrage: Sicherung der Hasenbeckenränder in Bremerhaven.

In Bremerhaven sind in jüngster Zeit, kurz hintereinander, im „Alten Hasen“ und im „Alten Vorhafen“ zwei Kinder ertrunken. Nach Anlage des Sandstrandes passieren viele Kinder täglich die öffentlichen Wege, die an den nicht gesicherten Hasenbecken entlang führen. Ist der Senat bereit, untersuchen zu lassen, wie eine Sicherung der Hasenbeckenränder möglich ist und bejahenden Falles gewillt, die Anlage der Sicherung durchzuführen, wodurch derartige bedauerliche Unglücksfälle verhütet würden. Schriftliche Antwort genügt.

van Heukelum (S.)

Präsident: Der Präsident des Senats teilt mit: Der Bürgerschaft teile ich hierdurch ergebenst mit, daß die kleine Anfrage z. Zt. noch nicht beantwortet werden kann, weil die erforderlichen Ermittlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten.

II, 1. Verstärkung der Columbusmauer.

H. Osterloh (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Columbusmauer in Bremerhaven wohl das Schmerzenskind der bremischen Steuerzahler bleiben wird. Als seinerzeit 6 Millionen für den Bau dieser Mauer in der Bürgerschaft bewilligt wurden, wurde uns mitgeteilt, daß das notwendig sei, um den Handelsverkehr Bremens zu fördern. Meine Fraktion hat schon damals ihren grundsätzlichen Standpunkt zu der damaligen Forderung von 6 Millionen dargetan und erklärt, daß sie zwar nicht gegen den Bau dieser Mauer sei, daß sie aber unbedingt darauf beharren müsse, daß die Kreise, die doch den Profit von einer solchen Mauer haben, also die Schiffsfahrtskreise, finanziell dazu mehr herangezogen werden müßten, als das bisher in Bremen der Fall gewesen war. Meine Damen und Herren! Es wurde uns dann bei der Fertigstellung dieser Mauer ein Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd vorgelegt. Meine Fraktion hat damals diesen Vertrag bekämpft, weil die Verzinsung von 180 000 R.M., die der Norddeutsche Lloyd danach aufzubringen hat, ihr viel zu gering erschien. Wenn dieser Umstand schon in der bremischen Bevölkerung sehr viel Kritik gefunden hat, so findet noch viel mehr Kritik die Tatsache, daß dieser Bau, kaum daß er fertiggestellt war, schon wieder repariert werden mußte. Und wenn wir uns der Berichte erinnern, die die Sachverständigen in dieser Frage an die Bürgerschaft haben gelangen

lassen, so muß festgestellt werden, daß diese Berichte die Bürgerschaft nicht befriedigen können, und daß darüber hinaus auch die Gründe nicht stichhaltig sind, die für die weiteren Millionen Nachforderungen angeführt werden. Es sollten damals 2,7 Millionen nachbewilligt werden. Und damals hieß es, daß das die letzte Nachbewilligung sein würde. Heute steht nun die Bürgerschaft wiederum vor der Tatsache einer Nachforderung von 2 Millionen, und ich glaube, daß das noch lange nicht die letzte Nachforderung sein wird, wenn die Mauer schließlich einmal in Funktion treten soll.

Meine Damen und Herren! Wenn für diese Mauer Millionen über Millionen bewilligt werden, so wäre es doch nur logisch, daß der Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd entsprechend geändert würde. Dieser Vertrag war doch seinerzeit abgeschlossen worden auf der Grundlage einer Verzinsung der ursprünglichen Bausumme von 6 Millionen. Jetzt sind es aber bereits 12 Millionen geworden, und ich glaube, daß zu diesen 12 Millionen noch weitere Millionen hinzu kommen werden. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Bürgerschaft gegen die Schnelligkeit, mit der diese Summen hier nachbewilligt werden sollen, Einspruch erheben muß. Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Schnelligkeit seinerzeit die Vorlage wegen der Behrschleuse angenommen wurde, sodaß es damals in einer Zeitung hieß „Acht Minuten — acht Millionen“, so sollte es heute nicht heißen: „Zwei Minuten — zwei Millionen!“ Wenn es sich aber um Arbeiterforderungen handelt, wenn es sich darum handelt, für die Erwerbslosen die lumpige Summe von 100 000 R.M. zu bewilligen, dann hat der bremische Staat kein Geld. Meine Fraktion ist der Meinung, daß die Bürgerschaft dieser Nachforderung heute nicht zustimmen darf, sondern daß zunächst ein neuer Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossen werden muß.

Faust (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Geschäftslage und der Zwangsläufigkeit dieser Vorlage glaube ich, darauf verzichten zu sollen, auf Einzelheiten des Gutachtens einzugehen. Auch war die Kritik des kommunistischen Vorredners derart oberflächlich, daß sie eine Erwiderung nicht verdient, umso weniger, als Herr Osterloh als Mitglied der Finanzdeputation die Vorlage bei der Abstimmung in der Finanzdeputation nicht abgelehnt hat. (Heiterkeit und „hört hört!“) Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich mich deshalb auf folgende Erklärung beschränken:

„Wir haben die früheren Vorlagen über Nachbewilligungen für die Columbusmauer mit scharfer, jedoch sachlicher Kritik begleitet. Ohne allzusehr die Wirkung unserer Kritik überschätzen zu wollen, glauben wir doch feststellen zu dürfen, daß unsere Kritik wesentlich dazu beigetragen hat, die gründlichen Forschungen und Untersuchungen zu veranlassen, über die heute berichtet wird. Diesen Ergebnissen der fortschreitenden Wissenschaft stehen wir zwar nicht kritiklos, jedoch sozusagen machtlos gegenüber und können nur dem Wunsch Ausdruck

geben, daß diese Ergebnisse endgültige sein mögen, sodas keinerlei Gefahren und keinerlei Enttäuschungen mehr die Fertigstellung der so wichtigen Arbeiten im Bremerhavener Hafengebiet verzögern.

Wir haben auch schon als Oppositionspartei dem bremischen Staat stets die großen Vorlagen bewilligt, die einen wirtschaftlichen Fortschritt für das bremische Staatswesen bedeuteten und haben sogar solchen Vorlagen unsere Zustimmung gegeben, selbst wenn Regierungsparteien sie mehr oder weniger offen ablehnten. Denn wir haben erkannt, daß Aufbau und Aufstieg der bremischen Wirtschaft gleichzeitig auch Beschäftigung und Besserstellung der arbeitenden Schichten bedeuten können.

Die ursprüngliche Vorlage zur Schaffung der Columbusmauer fand daher unsere Zustimmung. Bei der letzten Nachbewilligung für die Reparatur der Mauer, die uns Anlaß zu einer einschneidenden Kritik gab, enthielten wir uns der Stimme, weil wir als Oppositionspartei keine sachlichen und keine taktischen Gründe sahen, den Regierungsparteien, die uns von den Regierungsgeschäften fernhielten, die Verantwortung abzunehmen. Heute, wo wir selbst Mitträger der Regierungsverantwortung geworden sind, tragen wir keine Bedenken, der Vorlage unsere Zustimmung zu geben. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß weitere Nachforderungen nicht mehr erforderlich sein werden, und daß das unter so großem Aufwand und nach den neuesten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und der vervollkommensten Technik errichtete Bauwerk für lange — beinahe hätte ich gesagt für ewige — Zeiten haltbar sein und dazu beitragen möge, Bremens Wirtschaft und die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung zu fördern.“ (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schucht (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Bestimmungen des mit dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossenen Vertrages zahlt der Lloyd für die Verzinsung der Columbusmauer einen jährlichen Betrag von 180 000 *R.M.* Das macht bei einem Kapital von 6 Millionen — die die Columbusmauer ja ursprünglich gekostet hat — 3 % Verzinsung. Die Vorlage enthält aber keinerlei Angaben darüber, ob auch für die weiteren Aufwendungen, die für die Columbusmauer notwendig geworden sind, eine Verzinsung eintreten soll. Die Bürgerschaft hätte eigentlich erwarten sollen, daß die Vorlage auch über diesen Punkt eine Aufklärung gegeben hätte. Ich möchte mich daher an den Rechnungsführer der Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit der Anfrage wenden — ich sehe allerdings, daß er nicht da ist, — ob eine Verzinsung der außerordentlichen Mehraufwendungen herangezogen wird. Wenn der Lloyd nicht mehr als 180 000 *R.M.* bezahlt, so macht das unter Zugrundelegung eines Kapitals von 12 Millionen — soviel kostet jetzt die Columbusmauer — eine Verzinsung von 1 1/2 % aus, und das bedeutet nach meiner Ansicht doch keine Gegenleistung für die Aufwendungen, die der bremische Staat vornehmlich doch im Interesse des Norddeutschen Lloyd gemacht

hat. Vielleicht ist aber einer der andern Herren heute in der Lage, mir in Abwesenheit des Herrn Ulrich darüber eine bestimmte Erklärung abzugeben. Sonst würde unsere Fraktion die Vorlage ablehnen müssen.

H. Osterloh (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Faust sind verständlich. (Gelächter und Zurufe bei den Sozialdemokraten). Wenn man Regierungspartei ist, dann muß man wohl oder übel dieser Vorlage zustimmen. Herr Faust hat weiter erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion stets für derartige Vorlagen gewesen sei. Ich erinnere die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Hauses und vor allen Dingen diejenige, die schon vor dem Kriege Mitglieder der Bürgerschaft gewesen sind — ich weiß nicht, ob Herr Faust damals schon mit der Sozialdemokratie sympathisierte — daran, daß gerade in diesem Saal stundenlange Debatten über die Bewilligung von 8 Millionen Mark geführt worden sind und daß die sozialdemokratische Fraktion damals diese 8 Millionen ablehnte. Sie können das nachlesen im Stenogramm. (Dauernde Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. — Lärm.) Wenn Sie weiter den Weg der sozialdemokratischen Fraktion kennen lernen wollen, dann brauchen Sie nur die Reden durchzulesen, die die Herren Theil und Böhm bei der Budgetberatung gehalten haben. Die Sozialdemokraten wollen diese Ausgaben. Dafür will man auf der anderen Seite sparen. Sie gehen darauf ein, ohne Rücksicht darauf, ob der Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd erneuert werden muß oder nicht bzw. andere Bedingungen aufgestellt werden müssen. Nein! Einmütig wird die Vorlage von der sozialdemokratischen Fraktion im Interesse der besitzenden Klasse geschluckt. Ueber diese Tatsache, mein lieber Faust, kommt man nicht mit allgemeinen Mätzchen hinweg. Nun wird behauptet, Osterloh habe in der Finanzdeputation für diese Millionen gestimmt. (Anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, Ihre Beifallskundgebungen etwas weniger laut anzubringen. (Heiterkeit.)

H. Osterloh: In der Sitzung in Bremerhaven wurde nur gefragt, wer Einspruch erhebt. Ich habe erklärt, daß wir aus dem Stegreif heraus diese 2 Millionen nicht bewilligen können. (Anhaltender Lärm. Zwischenrufe.) Diese Angelegenheit hätte unbedingt in der Finanzdeputation diskutiert werden müssen. Dort hätten wir entweder zugestimmt oder abgelehnt.

Depfen (D.-M.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Kommunisten brauche ich wohl nicht weiter einzugehen. Sie zeugen von einer derartigen Verkehrsfreundlichkeit und sogar Arbeiterfeindlichkeit, daß man darauf wohl keine Antwort zu erteilen braucht. Für meine Fraktion habe ich zu erklären, daß wir, trotzdem wir nicht in der Regierung sitzen, dieser Vorlage zustimmen werden, wie wir überhaupt jeder Vorlage

zustimmen werden, die im Interesse Bremens liegt. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß man die Erfahrungen, die man bei dieser Geschichte hinterher gemacht, ein anderes Mal vorher machen möge und daß man diese Erfahrungen vor allen Dingen anwenden möge bei dem neuen Schleusenbau, der noch bevorsteht. Wir hoffen, daß derartige Fehler nicht wieder gemacht werden und daß auch dieser Bau zum Segen Bremens ausschlagen möge. Die Vorlage wird angenommen.

II, 2. Antrag: Brautstraßenbrücke.

Schierenbeck (B. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dreimaligem Antrag hat sich endlich die Baudeputation zu einer Antwort bereit gefunden. Wie eben schon verkündet worden ist, ist ein Antrag in dem Bericht nicht enthalten. Die Behörde steht also dieser Angelegenheit ganz neutral gegenüber. Doch gibt sie sich in dem Bericht die erdenklichste Mühe, zu beweisen, daß eine Fahrbarmachung der Brücke nicht notwendig sei. Das geht namentlich aus dem dritten Absatz des Berichts hervor. Dort heißt es,

„das Ergebnis der Verkehrszählung aus dem Jahre 1927 habe mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der um den Kreuzungspunkt — Osterstraße, Brautstraße, Westerstraße, Am neuen Markt — und sein näheres Einflußgebiet anfallende Fuhrwerks- und auch Fußgängerverkehr gering sei im Vergleich zu dem Verkehr, der an dem Kreuzungspunkt Ecke Osterstraße-Brückenstraße anfallt.“

Nun ist aber die Brücke für den Fußgänger- und Wagenverkehr seinerzeit gesperrt gewesen, und während dieser Sperrung hat die Verkehrszählung stattgefunden, mit der man nun beweisen will, daß eine Brücke nicht notwendig sei. Im zweitletzten Absatz heißt es:

„Wichtiger als ein Neubau der Brautstraßenbrücke scheint der unterzeichneten Deputation eine Verbesserung der Verkehrsstrecke Am Bauhof und der Brückenstraße zwischen Am Deich und Osterstraße durch eine erhebliche Verbreiterung zu sein. Die entsprechenden Maßnahmen hierfür sind in Vorbereitung.“

Das wissen wir schon längst, und mit diesem Hinweis stellt sich die Deputation ein Armutszeugnis aus. Sie gibt zu, daß sie nicht weitsichtig gewesen ist, als seinerzeit die St. Pauli-Brücke gebaut wurde. Da hätte man das Areal an der Osterstraße sehr viel billiger bekommen können. Jetzt verlangt man eine Summe, die das Gelände nicht wert ist. Also, diese Hinweise genügen absolut nicht, um uns zu überzeugen, daß eine Instandsetzung der Brücke nicht notwendig ist. Ich habe das Vertrauen zur Bürgerschaft, daß sie der Meinung ist, daß für die Bewohner der mittleren Neustadt unbedingt etwas getan werden muß. Am Anfang des Berichts gibt der Berichterstatter ja auch selbst zu, daß eine gewisse Entwertung der Geschäftslage an der Brautstraßenbrücke eingetreten ist, denn es heißt dort:

„Durch diesen städtebaulichen Eingriff in die bisherige Stadtgestaltung ist naturgemäß auch

eine Verschiebung in der Geschäftslage der in Betracht kommenden Straßen eingetreten, wie sie bei jeder größeren städtebaulichen Veränderung durch neue Brücken oder Durchbruchstraßen oder dergleichen erfolgt.“

Nun hätte sie folgerichtig auch sagen müssen: Folglich ist der Staat auch moralisch verpflichtet, den Anwohnern entgegenzukommen. Deshalb hätte die Behörde von sich aus den Antrag stellen müssen, daß eine Fahrbarmachung erfolgt. Da sie das nicht tut, stelle ich folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft bewilligt 50 000 *RM* für die Instandsetzung der Brautstraßenbrücke und ersucht den Senat, die Deputation für Bauwesen und Stadterweiterung anzuweisen, baldmöglichst das Erforderliche in die Wege zu leiten.

Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

J. Osterloh (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage über die Brautstraßenbrücke hat die Bürgerschaft schon mehrfach beschäftigt. Unsere Fraktion hat zu dem nunmehr erschienenen Bericht Stellung genommen; sie hat ihn hauptsächlich daraufhin angesehen, ob er den verkehrspolitischen Belangen, die die Entwicklung des bremischen Gemeinwesens mit sich bringen, Rechnung trägt. Allein aus diesen Gründen haben wir uns eingehend damit befaßt. Wir müssen sagen, daß die Interessen der betreffenden Anwohner bei den Städtebauproblemen in diesem Maße nicht in Frage kommen können, wie es in erster Linie die verkehrspolitischen Verhältnisse müssen. Die von Herrn Schierenbeck gemachten Ausführungen sind nur teilweise zutreffend. Sie treffen jedenfalls insoweit nicht zu, als die frühere Mehrheit dieses Hauses in dieser Beziehung manches versäumt hat. Dies nachzuholen wird unsere Aufgabe sein müssen. Bei den in unserem Kreise abgehaltenen Besprechungen über die Brautstraßenbrücke sind alle in diesem Zusammenhang stehenden verkehrspolitischen Verhältnisse mit erörtert worden. Wir sprechen bei dieser Gelegenheit noch einmal unser Bedauern darüber aus, daß gerade die Bürgervereine durch Hervorhebung kleinlicher Interessen, die nicht immer aufs Ganze gerichtet sind, sehr oft verhindert haben, daß zweckentsprechende Entscheidungen in Bremen getroffen worden sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Domanbaufrage, die wir auch heute noch nicht für ein zweckmäßige Regelung halten. Wir sind hier in einem ganz anderen Maße für eine verkehrspolitisch weitsichtigere Regelung eingetreten. Zum Punkt 1) des Deputationsberichtes haben wir zu bemerken, daß er im wesentlichen zutreffend ist, wenn man auch nicht jeder Einzelheit zustimmen braucht. Für eine gänzlich neue Brücke könnte man nur dann eintreten, wenn man wüßte, daß einmal im Zuge der Brautstraße und des Neuen Marktes unter Beseitigung des Gängeviertels an der Krankenstraße einen Durchbruch nach dem Neustadtswall bis zur Delmestraße hin geschehen würde. Da das aber Pläne sind, die im Augenblick als noch nicht reif bezeichnet werden können, so ist auch nicht

möglich, über den Bau der Brautstraßenbrücke heute endgültig zu entscheiden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als das Provisorium, wie es jetzt besteht, zu verlängern. Wir glauben, daß dadurch, zumal auch der Bericht der Deputation einen positiven Vorschlag nicht bringt, die starken Verkehrsverhältnisse, wie sie gegenwärtig im Zuge der großen Weserbrücke — St. Pauli-Brücke und Ecke Brücken- und Osterstraße anzutreffen sind, doch etwas entlastet werden können, und zwar insofern, als wir vielleicht einen gewissen Einbahnverkehr für möglich halten, der aus der Stadt heraus über die Herrlichkeit oder auch vom Werder kommt und der den leichten Verkehr — Fahr-, Motorräder, leichte Wagen usw. — aufnehmen kann. Aus diesem Grunde stimmen wir dem von Herrn Schierenbeck gestellten Antrag zu. Wir hatten ja auch schon einen entsprechenden Antrag bekannt gegeben. Wenn wir aber diesem Antrage zustimmen, so legt meine Fraktion Wert darauf, zu betonen, daß sie damit nur ein Provisorium bewilligt, und sie möchte ferner ausdrücklich erklären, daß die andern großen Aufgaben, die noch der Lösung harren, dadurch in keiner Weise behindert werden. Die vorläufige Instandsetzung der Brautstraßenbrücke soll nicht die Meinung aufkommen lassen, daß die Lösung der anderen Probleme nun nicht mehr so notwendig wäre. Im Gegenteil, wir wollen, daß die in dem Bericht angechnittene Frage des Verkehrs an der Brückenstraße sobald als möglich geprüft wird. Bei dieser Gelegenheit möchten wir ebenfalls das Verhalten der St. Pauli-Kirche, die mit ihrem christlichen Herzen den Staat zu über-vorteilen sucht, wo sie doch sonst so viel auf christliche und evangelische Erziehung Wert legt, öffentlich brandmarken. Wir hoffen, daß das ein wenig mit dazu beitragen wird, daß auch diese Verhandlungen gefördert werden, sonst dürfte es mit dem Christentum ja wohl nicht so weit her sein. (Dr. Gebert: Das ist wohl ziemlich geschmacklos.) Das zu beurteilen überlassen Sie wohl mir. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß wir im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der Volkshaus und Oster-deichbrücke vor einigen Monaten einen Antrag meines Freundes Caspar angenommen haben, wonach baldigst über den zukünftigen Bebauungsplan auf dem linken Weser-Ufer ein Bericht zu erstatten ist. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß wir auch diese Frage gefördert zu sehen wünschen. Meine Fraktion spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der Haushaltsvoranschlag des nächsten Jahres die ersten Raten zur Erledigung der wichtigen Brückenfragen enthalten möge.

Fritz Becker (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird einem Provisorium nicht zustimmen. Wie sind es gewesen, die den Antrag auf Neubau der Brücke gestellt haben. Wir sind der Auffassung, daß man so nicht mit den Steuergroschen wirtschaften soll. Auf der einen Seite ist man sehr freigiebig, wenn es sich um privatkapitalistische Interessen handelt. Dann kommt es auf einige Millionen nicht an. Aber wenn es sich um die Interessen der bremischen

Bevölkerung handelt, dann will man ein Provisorium schaffen. Man sagt: Nach uns die Sintflut! Bei der Brautstraßenbrücke handelt es sich um dringende Verkehrsbedürfnisse der Neustadt, denen mit einem Provisorium nicht Rechnung getragen wird.

Es ist nicht so, wie hier zum Ausdruck kommt, daß die Neustädter nicht den Wunsch haben, daß ein Neubau der Brücke hergestellt wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat alles aufgebieten, um ihren Wählern in der Neustadt begreiflich zu machen, daß für eine solche Brücke kein Geld mehr vorhanden sei, und daß sie sich mit dem bestehenden Zustand abfinden müsse. Wir werden auch bei dieser Gelegenheit feststellen müssen, daß es bei diesen 50 000 *R.M.* genau so gehen wird wie mit der Columbusmauer. Denn bei der Brücke ist ja noch gar nicht festgestellt, ob man ein Provisorium schaffen und die Pfeiler, die dort vorhanden sind, noch erhalten kann, ob der Grund dort so ist, daß man dort überhaupt ein Fliedwerk errichten kann. Es wird dann wohl eine Untersuchung nach der andern kommen, und zu diesen 50 000 *R.M.* werden noch etliche Hunderttausende hinzu kommen. Deshalb wird unser Antrag, den wir heute stellen, der richtige sein; er lautet:

Der Neubau der Brautstraßenbrücke ist sofort durchzuführen.

Wenn wir dem Antrag Schierenbeck folgen und die Sache erst wieder an die Baudeputation überweisen, so wird damit die Sache doch nur wieder verschleppt; große Meinung ist dafür überhaupt nicht vorhanden, sondern man gibt nur dem Druck der neustädtischen Bevölkerung nach. Ich will ein kleines Beispiel dafür anführen, wie man Meinungen der Bürgerschaft behandelt. Mit dem Bau eines Arbeitsamtsgebäudes hat sich die Stadterweiterungsdeputation in drei Ausschusssitzungen beschäftigt. — — —

Präsident: Das gehört aber nicht hierher.

Fritz Becker: Das steht mit der Verschleppung in Zusammenhang. Die erste Sitzung des Ausschusses hatte sich mit dem Bau eines Arbeitsamtsgebäudes beschäftigt. Die Akten sind dann an sämtliche Mitglieder geschickt worden. In der zweiten Sitzung hat man dann nochmals Stellung genommen und die Geschichte schließlich vertagt. In der dritten Sitzung stand dieser Punkt nochmals auf der Tagesordnung. Man war sich schon darüber einig, daß man das Arbeitsamtsgebäude gar nicht mehr brauchte. — — —

Präsident: Ich kann derartige Abschweifungen nicht mehr zulassen! (Redner spricht unter fortwährenden Glockenzeichen des Präsidenten weiter.) Ich kann diese Ausführungen nicht mehr zulassen.

Fritz Becker: Ich glaube, das ist jetzt auch bei diesem Brückenbau der Fall, daß man diese Mißgeburt gefunden hat und diese 50 000 *R.M.* als Fliedwerk ausgeben will, und man glaubt, daß sich die neustädtische Bevölkerung damit zufrieden geben werde. Es haben große Versammlungen in der Neustadt sich mit dieser Frage beschäftigt. Man hat diese Frage in Verbindung gebracht mit den

geplanten Brückenbauten am Sietwall und im Westen. Diese Sachen hängen aber gar nicht mit einander zusammen. Die Frage der Brautstraßenbrücke hängt vielmehr zusammen mit der Kaiserbrücke und der Marktbrücke und mit der Ableitung des Verkehrs, die dort notwendig geworden ist. Wenn man alles das berücksichtigt, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß unser Antrag der beste ist und unbedingt angenommen werden muß.

Senger (D. N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu meiner großen Freude kann ich feststellen, daß wir in der Frage der Brautstraßenbrücke einen Schritt weiter gekommen sind. Es ist besonders die rechte Seite dieses Hauses gewesen, die die Sache weiter getrieben hat. Sie werden sich erinnern, daß vor zwei Jahren ich es war und vor einem Jahre Herr Deplen, die den Bau der Brautstraßenbrücke als notwendig hinstellten; das ist auch anlässlich des Arbeitsbeschaffungsprogramms geschehen. Ich freue mich, daß wir voraussichtlich nun das bekommen werden, was wir solange gefordert haben. Was den Bericht betrifft, so habe ich mich darüber allerdings in der Hinsicht gewundert, daß er mit allen möglichen Einwendungen die Sache hinauszuschieben sucht, und daß zuerst die Verbreiterung der Straße am Bauhof vorgenommen werden müsse. Ich muß in dieser Beziehung der Behörde nachträglich eine außerordentliche Kurzsichtigkeit vorwerfen, denn man hätte schon vor vier Jahren bei der Errichtung des Bauhofs dieses Moment des Brückenbaus berücksichtigen müssen. Jetzt kann es jedenfalls nicht als Entschuldigung dienen. Ich freue mich, daß die Fraktionen jetzt für den schnellen Bau der Brücke eintreten. Wir wollen für den Antrag Schierenbeck stimmen.

Schucht (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch in vielen öffentlichen Versammlungen ist der Forderung Ausdruck gegeben worden, daß endlich eine Brücke geschaffen werden muß, die so aussieht, daß der Verkehr in derselben Weise bewirkt werden kann, wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Wenn wir dem Antrag Schierenbeck zustimmten, dann würden wir aber nicht das erreichen, was wir wollen, denn nach der Vorlage würde dann im Laufe der nächsten sechs Jahre sowieso der Brückenbau eintreten. Die Absicht der Vorlage ist doch leicht erkenntlich, man will zunächst ein Flickwerk machen und damit den Leuten das Mundwerk stopfen und dann, nachdem fünf oder sechs Jahre verlossen sind, wird man vielleicht auf Grund einer nochmaligen Zählung feststellen, daß für den Neubau einer Brücke keine Notwendigkeit mehr vorliegt. Es liegt nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern wir sind es auch den Anwohnern der dortigen Gegend schuldig, daß man die Verkehrsmöglichkeiten wieder schafft, die Jahrzehnte lang bestanden haben. Die Zählung, auf die die Vorlage Bezug nimmt, kann doch gar nicht maßgebend dafür sein, ob sich der Neubau einer Brücke lohnt oder nicht. Wenn eine Zählung an der Brückenstraße vorgenommen

worden ist, dann kann sie sich doch nicht beziehen auf den Verkehr, der sich abspielt nach der Brautstraße hin. Viele Fuhrwerke haben schon seit langen Jahren von sich aus den Umweg über die Kaiserbrücke genommen und die Brückenstraße umgangen, sodaß schon aus diesem Grunde die vorgenommene Zählung nicht als maßgebend angesehen werden kann. Wer entschädigt denn die Anwohner dafür, daß sie seit langen Jahren keine Verkehrsmöglichkeiten mehr haben, daß sie nicht in der Lage sind, ihre Häuser zu belasten oder abzustößen? Aus allen diesen Gründen beantragen wir:

Die Bürgerschaft beschließt den Bau einer fahrbaren Brücke.

Präsident: Ihr Antrag deckt sich ja mit dem Antrag Becker!

Schucht: Nein; beim Antrag Becker weiß man nicht, ob eine Fahrbrücke dabei heraus kommt.

Präsident: Wenn ein Neubau gemacht wird, dann wird die Brücke doch sicherlich fahrbar sein.

Schucht: Das kann man annehmen, aber bestimmt ist es nicht!

Präsident: Dann muß ich Ihren Antrag als Zusatz zum Antrag Becker ansehen.

J. Osterloh (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaubte, daß der Antrag, den wir hatten einbringen wollen, sich mit dem Antrag Schierenbeck decke. Das ist aber insofern ein Irrtum, als unser Antrag eine feste Summe nicht vorsieht, sondern einen gewissen Spielraum offen läßt, so daß unter Umständen etwas mehr Mittel in Frage kommen können als der Antrag Schierenbeck vorsieht. Unser Antrag, den wir nunmehr als selbständigen Antrag aufrecht erhalten möchten, lautet:

Die Bürgerschaft eruchtet den Senat, die Baudeputation anzuweisen, die Brautstraßenbrücke so instand zu setzen, daß sie noch für längere Jahre den normalen Verkehr (mit Ausschluß des schweren Kraftwagenverkehrs) bewältigen kann. Sie eruchtet den Senat, die dafür erforderliche Summe unter außerordentliche Ausgaben für den Haushalt 1928 einzustellen.

Professor Dr. Diez (B. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur sagen: es hat doch gar keinen Zweck, daß jede Fraktion ihre eigenen Anträge stellt (Wenhold: Wir haben keine gestellt! — Faust: Ausnahmsweise nicht!). Ich stelle fest, daß das Stiefkind Neustadt, wie man immer sagt, jetzt ausgezeichnet behandelt wird, wie man es nicht besser tun könnte. (Wenhold: Fürsorge-erziehung! — Heiterkeit.) Da ist es doch gleichgültig, welcher Antrag angenommen wird. Die Baudeputation schlägt vor, daß die Brücke in Stand gesetzt werden soll. (Widerspruch.)

Präsident: Die Baudeputation schlägt garnichts vor!

Professor Dr. Diez: Nun, sie sagt, wenn die Brücke wieder in Stand gesetzt werden soll, daß das dann 50 000 *R.M.* kosten würde. Bewilligen wir

also einstweilen diese 50 000 *R.M.* Sollte die Deputation zu dem Ergebnis kommen, daß sie mehr braucht, dann werden wir eine Vorlage bekommen, über die dann noch zu reden sein wird.

Der Zusatzantrag Schucht zum Antrag Becker wird abgelehnt.

Der Antrag Becker wird abgelehnt.

Der Antrag Osterloh wird angenommen.

Präsident: Damit ist der Antrag Schierenbeck erledigt.

II, 3. Bananenumschlagsanlage in Bremerhaven.

Die Vorlage wird angenommen.

II, 4. Wörperegulierung.

Die Vorlage wird angenommen.

II, 5. Vergrößerung des Telefonhäuschens des Bremer Droschkenvereins auf dem Bahnhofspfad.

Die Vorlage wird angenommen.

II, 6. Erwerb eines Grundstücks an der Leher Heerstraße zur Errichtung einer Polizeiwache.

Schmidt (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Haushaltsausschuß habe ich folgendes zu erklären: Der Haushaltsausschuß hat das sachliche Bedürfnis für den Ankauf nicht geprüft; das hat er auch nicht für seine Aufgabe gehalten. Aber die Vorlage hat eine Eigentümlichkeit, auf die ich die Bürgerschaft aufmerksam machen wollte. Von der Finanzdeputation ist der Polizeidirektion die Antragstellung zugeschoben worden. Die Deputation für Stadterweiterung hat mit dem bisherigen Eigentümer einen Kaufvertrag abgeschlossen, und nun ist in dem Antrag — wahrscheinlich im Orange der Geschäfte — überhaupt nicht gesagt, für wen diese Mittel bewilligt werden soll. Auffallend ist an der Vorlage, daß die Deputation für Stadterweiterung einen Teil dieses Geländes für sich beansprucht. Die Deputation für Stadterweiterung hat ja an sich Mittel für den Ankauf von Grundstücken in ihrem Haushaltsplan. Da müssen bei solchen Vorlagen in Zukunft der Bürgerschaft die Gründe für dies Verfahren mitgeteilt werden.

Die Vorlage wird angenommen.

III, 1. Neubau des Warenhauses der Rudolf Karstadt A.-G., Aufhebung der Kreyenstraße.

Schucht (Hf.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Bürgerschaftssitzung am 30. Dezember 1927 stand bereits diese Vorlage zur Verhandlung. Sie ist damals zurückgewiesen worden, weil — glaube ich — sämtliche Fraktionen weitere Auskunft darüber haben wollten, ob die seitens des Staates dem Warenhause Karstadt zu zahlende Entschädigung angemessen sei oder ob man diese Entschädigung nicht doch noch wesentlich ermäßigen könne. Man wollte aber auch Auskunft darüber haben, in welcher Weise die Untertunnelung,

die in der Vorlage vorgesehen war, beabsichtigt sei. Die bremischen Kammern — Kleinhandels- und Gewerbekammer — haben s. Zt. dem Herrn Präsidenten der Bürgerschaft Eingaben zugeleitet, und die Bürgerschaft hat auf diese Eingaben besonders Bezug genommen. Die Vorlage enthält über diese Eingaben der bremischen Kammern absolut nichts, sie sagt auch nichts darüber, welche weiteren Verhandlungen mit Karstadt stattgefunden haben, die Vorlage sagt insbesondere auch nichts darüber, wie die Untertunnelung, die in der ersten Vorlage vorgesehen war, gedacht ist. Wenn man das alles berücksichtigt, dann verdient, glaube ich, die Vorlage weiter nichts, als daß man sie an die Behörde zurück verweist mit dem Ersuchen, das nachzuholen, was die Bürgerschaft schon am 30. Dezember 1927 verlangt hat. Aber auch aus einem anderen Grunde muß man die Vorlage zurückverweisen, nämlich deshalb, weil die Firma Karstadt durch den abgeschlossenen Vertrag Grund an den bremischen Staat abzutreten hat, der der Firma Karstadt überhaupt noch nicht gehört. (Hört, hört! - Rufe.) Ich möchte einmal unsere Juristen in der Bürgerschaft fragen: Ist es angängig, daß die Firma Karstadt mit dem bremischen Staat Verträge abschließt und daß die Firma Karstadt Grund und Boden an den Staat veräußert, der ihr noch garnicht gehört? In Frage kommt das Grundstück Obernstraße 9 von Huwendiek und Joswig. Zwar hat Joswig, wie es auch die übrigen Eigentümer getan haben, mit der Firma Karstadt einen Mietvertrag abgeschlossen, in dem gleichzeitig ein Ankaufsrecht enthalten ist. Aber über die Höhe des Ankaufspreises sind die Parteien sich bis heute noch nicht einig geworden, und damit ist ein formeller Kaufvertrag bis heute noch nicht zustande gekommen. Im Grundbuch steht auch heute noch Joswig als Eigentümer des Grundstücks eingetragen. Eigentlich wundert es mich überhaupt, daß die in Frage kommende Behörde es nicht für eine Selbstverständlichkeit angesehen hat, dieses Projekt abzulehnen. Man braucht nur einmal das Ohr zu schärfen um zu hören, wie dieses Projekt im Publikum beurteilt wird. Die Abneigung des Publikums gegen dieses Projekt ist ganz allgemein. Wenn auch die öffentliche Meinung nicht ausschlaggebend zu sein braucht, so muß man andererseits doch sagen, daß man auch nicht einen einzigen triftigen Grund aufführen könnte, der die Ausführung dieses Projektes notwendig machen müßte. Dagegen könnte man — und ich werde das auch nachher tun — aber eine Reihe von ganz schwerwiegenden Gründen anführen, die unter allen Umständen gegen die Ausführung dieses Projektes sprechen. Die Vorlage, über die wir bereits am 30. Dezember 1927 verhandeln wollten, besagte ausdrücklich, daß es sich bei der Aufhebung der Kreyenstraße um eine sogenannte tote Straße handelt. Man stellt die Sache so dar, als wenn zwar seit Jahrhunderten diese Straße vorhanden gewesen ist, daß sie aber absolut nicht notwendig sei, daß sie nicht weiter zu bestehen braucht, so daß man sie kurzer Hand aufheben kann. Gerade diese Behauptung der Behörde und weil ähnliche Behauptungen schon

vorher aufgestellt sind, hat die Anwohner veranlaßt, eine Zählung über den Verkehr in der betreffenden Straße vorzunehmen. Sie bezieht sich insbesondere auf den Fußgänger- und Radfahrerverkehr. Dieses Material ist f. Zt. der Behörde eingeliefert worden. Weil nun offenbar die in dieser Aufstellung genannten Zahlen der Behörde etwas hoch vorkamen, hat man behördlicherseits auch eine Zählung veranstaltet, und zwar zu einer anderen Zeit. Diese behördlich vorgenommene Zählung hat das Ergebnis gezeigt, daß die von privater Seite vorgenommene Zählung nicht nur richtig ist, sondern daß die Behörde noch mehr Fußgänger und Radfahrer hat aufzählen können, als sie in der privaten Zählung enthalten waren. In der Woche vom 28. Mai bis zum 4. Juni 1927 ist eine Zählung erfolgt, und zwar hat sie stattgefunden in der Zeit von 8¹/₂ Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Sie hat folgendes Ergebnis gehabt:

Am Sonnabend, den 28. Mai haben 1940 Fußgänger die Kreyenstrafe passiert; außerdem sind 37 Radfahrer durch die Kreyenstrafe gefahren. Am Montag den 30. Mai konnte man verzeichnen 1651 Fußgänger und 52 Radfahrer,
am Dienstag den 31. Mai 1887 Fußg. u. 69 Radf.
" Mittwoch " 1. Juni 1847 " " 92 "
" Donnerstag " 2. " 1935 " " 71 "
" Freitag " 3. " 2123 " " 70 "
" Sonnabend " 4. " und zwar lediglich in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 8¹/₂ Uhr vormittags 153 Fußgänger, am gleichen Tage in der Zeit von 8¹/₂ Uhr vormittags bis 7 Uhr abends 2197 Fußgänger. Am gleichen Tage wurden festgestellt in der Zeit von 8 Uhr abends bis 10¹/₂ Uhr abends 208 Fußgänger. Damit hat man sich nicht zufrieden geben wollen, sondern man hat nun auch noch eine Zählung vorgenommen, die sich auf die Kinderwagen und Fahrräder bezog, und zwar ist eine solche Zählung in der Woche vom 3. Mai bis zum 11. Mai vorgenommen worden. Am 3. Mai wurden festgestellt 61 Fahrräder und 31 Kinderwagen,
am 4. Mai 73 Fahrräder und 52 Kinderwagen,
" 5. " 72 " " 58 "
" 6. " 100 " " 50 "
" 7. " 82 " " 64 "
" 9. " 83 " " 66 "
" 10. " 45 " " 36 "
" 11. " 64 " " 46 "

Ja, meine Damen und Herren, es scheint Ihnen ganz außerordentlich leicht zu fallen, eine solche Vorlage heute mit der bekannten Mehrheit zu akzeptieren, ohne zu bedenken, wieviel Mittelständler dabei kaputt gehen. In allen Versammlungen vor der Wahl hat man erklärt, mit welcher Liebe und Sorge man für den Mittelstand eintreten wolle. (Große Unruhe.) Am sogenannten goldenen Sonntag, das ist bekanntlich der letzte Sonntag vor Weihnachten, haben innerhalb 4 Stunden 2000 Personen die Kreyenstrafe passiert. Am gleichen Tage bin ich persönlich um 7 Uhr abends durch die Straße gegangen. (Zuruf von links: Sie sind wohl 27 mal

hin- und hergegangen?) Dabei sind mir 35 Personen begegnet. Die von privater Seite vorgenommene Zählung beweist, daß es sich hier nicht um eine tote Straße handelt. Die amtlich vorgenommene Zählung bestätigt das, sodaß man über diese Tatsachen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Während die Seite der Obernstraße nach der Langenstraße zu sechs Nebenstraßen aufzuweisen hat, die den Verkehr nach der Obernstraße zuführen und gleichzeitig den Verkehr nach den dahinter liegenden Straßen ablenken, befindet sich auf der Seite des Warenhauses Karstadt lediglich die Kreyenstrafe, die jetzt aufgehoben werden soll. Die Kreyenstrafe leitet genau so gut wie die anderen sechs gegenüber liegenden Straßen den Verkehr der Obernstraße zu bezw. ab, z. B. nach der kleinen und großen Hundestraße, der Pelzerstraße und den übrigen Straßen. Und umgekehrt wird von diesem Straßennetz der Verkehr in die Obernstraße durch die Kreyenstrafe geleitet. Wer sich mitten in der Obernstraße befindet und eine Besorgung in der Hunde- oder Pelzerstraße oder einer anderen dortigen Straße machen muß, der muß, wenn die Kreyenstrafe aufgehoben wird, einen enormen Umweg machen, entweder durch die Söge- oder durch die Papenstraße.

Meine Damen und Herren! Mit der Aufhebung der Kreyenstrafe ist aber auch der Uebelstand verbunden, daß die vielen Ladeninhaber und andere Einwohner der benachbarten Straßen, die auf Hunderte zu schätzen sind, einen erheblichen Schaden erleiden, denn sie sind sozusagen von der Obernstraße völlig abgeschnitten und müssen regelmäßig den großen Umweg machen, den ich Ihnen geschildert habe. Aber auch die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß diese Verbindungsstraße, die 800 Jahre besteht, nicht kurzerhand aufgehoben wird.

Meine Damen und Herren! Ganz abgesehen davon kommen aber auch die feuerpolizeilichen Vorschriften in Frage. Es wird noch vielen Mitgliedern der Bürgerschaft bekannt sein, daß seinerzeit der Firma Heymann & Neumann erhebliche Schwierigkeiten bei dem Bau ihres gewaltigen Warenhauses gemacht wurden, insbesondere hat man verlangt, daß in der Großen Hundestraße Räumlichkeiten für die Aufstellung von Fahrrädern, Kinderwagen usw. geschaffen wurden. Der Weg zu diesen Räumlichkeiten führt durch die Kreyenstrafe. Wenn nun die Kreyenstrafe aufgehoben wird, so haben die vielen kleinen Leute, die mit Kinderwagen usw. kommen, um in dem Warenhause ihre Einkäufe zu besorgen, nicht mehr die Möglichkeit, die Kinderwagen dort solange unterzustellen, bis sie ihre Einkäufe vollendet haben. Und die Folge wird sein, daß alle diese Leute nicht mehr in das Warenhaus Heymann & Neumann hinein gehen. Damit will ich nicht etwa sagen, daß ich für das Warenhaus Heymann & Neumann eine Lanze breche; ich will nur darauf hinweisen, daß man es gerade den kleinen Leuten außerordentlich erschwert, in diesem Warenhause zu kaufen. Die Volkszeitung schreibt doch, daß die Arbeiter, die nicht in den Konsumvereinen kaufen, in den Warenhäusern kaufen sollen. (Unruhe bei

den Sozialdemokraten. Theil: Wer hat das geschrieben?) Das habe ich selbst in Ihrem Blatt gelesen.

Meine Damen und Herren! Denken Sie weiter an die Gefahr eines Brandes, wenn die Kreyenstrasse aufgehoben wird. (Lachen links) Ich erinnere an den großen Brand, der seinerzeit in dem Baronschen Warenhause an der Obernstrasse stattfand; da flogen die brennenden Federn bis zur Bahnhofstrasse. Und wenn in einem der Warenhäuser einmal ein Brand ausbrechen sollte, dann sind nicht nur die Häuser der Kleinen und Großen Hundestrasse, sondern sehr viele andere Häuser außerordentlich stark gefährdet. Diese Gefahr sollen wir uns unter allen Umständen vor Augen halten und die Sache nicht so leicht nehmen, wie es offenbar den Anschein hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben gerade jetzt die beste Möglichkeit sozusagen eine zweite Sögestrasse zu schaffen. Denn der Grund und Boden, der neben der Kreyenstrasse liegt, liegt seit 15 Jahren brach. Hier hätte es der Staat einmal wirklich leicht, diesen Grund und Boden enteignen und dadurch den Raum zu bekommen, dessen er zur Verbreiterung der Kreyenstrasse bedarf. Dadurch bekämen wir eine zweite Wandelstrasse, und damit wäre insbesondere dem Mittelstand gedient, denn in dieser Strasse hätte er die Möglichkeit, Spezialgeschäfte zu errichten, die sich nach meiner festen Ueberzeugung außerordentlich rentieren würden. Wenn wir diese Wandelstrasse zunächst auch nur bis zur Großen Hundestrasse durchführen würden, so bin ich doch fest überzeugt, daß es nicht lange dauern würde, daß sie bis zur Knochenhauerstrasse durchgeführt wird. Damit denke ich nicht an den Plan, den die Anwohner der Großen Hundestrasse einzelnen Bürgerschaftsmitgliedern haben zugehen lassen, sondern ich denke dabei an einen noch großzügigeren Plan, der dahin geht, von der Obernstrasse bis zur Knochenhauerstrasse hindurch eine sogenannte Passage zu errichten, in der Mitte eine schöne Grünfläche mit irgend einem Musiktempel, sodaß Konzerte dort abgehalten werden könnten. Alle diese Kosten würden sich ganz außerordentlich leicht amortisieren, weil alle Geschäftsleute, die dort Läden aufmachen, gern für die Kosten aufkommen würden. Auf diese Weise hätten wir etwas für den Mittelstand geschaffen, dann hätten wir das viele Geld nicht einem großkapitalistischen Warenhause in den Hals geschmissen, dann hätten wir etwas wirklich gutes getan, und ich glaube, man wäre später noch der Bürgerschaft dankbar dafür, daß dieser Weg gewählt worden ist.

Meine Damen und Herren! Vergessen Sie auch nicht, daß das Gebäude, in dem sich das Lichtspieltheater befindet, für die nächsten Jahre noch verpachtet ist, und daß man nicht weiß, ob der Pachtvertrag schon früher zu Ende gehen wird. Solange er aber besteht, kann doch eine Aufhebung der Kreyenstrasse überhaupt gar nicht erfolgen. Wo sollen die Notausgänge des Lichtspielhauses bleiben, die jetzt alle in die Kreyenstrasse münden? Man geht sogar mit dem Gedanken um, eine Ueberbrückung

der Großen Hundestrasse vorzunehmen, ähnlich wie es Herr Roselius bei der Böttcherstrasse gemacht hat. Vielleicht wird später diese Ueberbrückung vollzogen, ehe die Bürgerschaft überhaupt ihre Genehmigung dazu erteilt hat, ähnlich wie es ja auch bei der Böttcherstrasse der Fall gewesen ist. Wenn aber erst einmal diese Ueberbrückung vollzogen ist, erfolgt möglicherweise vom Norddeutschen Lloyd an der anderen Seite eine Ueberbrückung und dann werden die Einwohner der Großen Hundestrasse sich in einem Zwinger befinden. (Heiterkeit. Zuruf links: Hundezwinger!)

Aus allen diesen Gründen, meine Damen und Herren, können wir der Vorlage unter keinen Umständen zustimmen. Wir glauben, daß die Bürgerschaft dem Antrage, den ich hiermit stelle

die Vorlage zur nochmaligen Prüfung an die Deputation zurückzuverweisen zustimmen wird insbesondere mit Rücksicht auf die eingangs von mir aufgestellten Behauptungen und weiter mit Rücksicht darauf, daß die Deputation als solche über die heute zur Verhandlung stehende Vorlage seit dem 30. Dezember 1927 überhaupt nicht wieder gehört worden ist, daß lediglich der Ausschuß, bestehend aus vier Personen der Bürgerschaft, diese wichtige Vorlage beschlossen und veranlaßt und der Bürgerschaft zugeleitet hat. Die Vorlage muß aber auch deshalb zurückverwiesen werden, weil die Karstadt A.-G. sich nicht im Eigentum der ganzen Grundstücke befindet und deshalb auch von diesem ihr nicht gehörigen Grundstück einen Teil an den bremischen Staat nicht abtreten kann. Ich beantrage also Zurückverweisung der Vorlage. Sollte die Bürgerschaft die Zustimmung zu unserm Zurückverweisantrage verweigern, so beantrage ich namentliche Abstimmung über die Vorlage, damit endlich einmal die Totengräber des Mittelstandes öffentlich gekennzeichnet werden. (Lachen und ironische Bravorufe links.)

Bollmeyer (D. N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vertrag mit der Karstadt A.-G., der wegen seiner Mängel vor sechs Monaten mit Zustimmung fast aller Mitglieder dieses Hauses an die Deputation zurück verwiesen wurde, ist jetzt der Bürgerschaft ohne irgendwelche Aenderung wieder vorgelegt worden, ein Zeichen dafür, daß die Verhandlungen auf Seiten der Karstadt A.-G. glücklicher geführt worden sind als auf Seiten des Staates. Logischer Weise können wir diesem Antrage auch heute wieder nicht zustimmen. Zunächst müssen wir uns für die Beibehaltung der Kreyenstrasse aussprechen und zwar aus folgenden Gründen: Erstens deshalb, weil wir nicht wünschen, daß ein großer Konzern zum Schaden der ganzen Anlieger der Hundestrasse Vorteile hat. Der zweite Grund ist der, daß wir nicht zugeben können, daß die ganze rechte Seite der Obernstrasse — vom Markt aus gesehen — eine durchgehende Warenhausflucht wird. Wir sind grundsätzlich Gegner des Warenhauses und zwar deshalb, weil die Warenhäuser naturgemäß den ganzen gewerblichen Mittelstand mehr und mehr schädigen und untergraben. Wenn wir auch nicht verhindern

können, daß Warenhäuser gebaut werden, so können wir doch jedenfalls verhindern, daß die Karstadt A.-G. aus dieser Vorlage einen Vorteil gewinnt. Weite Kreise können es nicht verstehen, daß die Karstadt A.-G. aus dem Staatsäckel 100 000 *R.M.* erhalten soll dafür, daß sie einen kleinen Geländestreifen an den Staat abtritt. Die Karstadt A.-G. hat selber das allergrößte Interesse daran, daß sowohl die Hunde- wie auch die Sögestraße verbreitert wird. Der Vorteil, den die Karstadt A.-G. durch den Neubau haben wird, ist so gewaltig, daß es nicht nötig ist, daß der Staat nun auch noch einen Zuschuß zahlt. Ich glaube, daß in weiten Kreisen besonders des gewerblichen Mittelstandes die Bewilligung dieser 100 000 *R.M.* nicht verstanden werden würde. Ich möchte deshalb sowohl im Interesse des gesamten gewerblichen Mittelstandes wie der bremischen Bevölkerung überhaupt bitten, daß man diesen Antrag an die Deputation zurück verweist und neue Verhandlungen mit der Karstadt A.-G. einleitet. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die Karstadt A.-G. sieht, daß sie mit ihren Forderungen nicht durchdringt, sie trotzdem den geplanten Bau zur Ausführung bringt, auch wenn die Kreyenstrasse nicht aufgehoben und die 100 000 *R.M.* ihr durch den bremischen Staat nicht gezahlt werden.

Priemer (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schucht hat gesagt, daß die Anwohner der Kreyenstrasse, Hundestraße usw. sich an die einzelnen Bürgerschaftsmitglieder gewandt und Ihnen Material zugesandt haben. Das stimmt. Diese Kreise haben sich viel Mühe und Kosten gemacht, und ich glaube, wenn die Sache noch einige Zeit dauern würde, müßte man sich extra noch einen Aktenschrank zur Unterbringung des Materials anschaffen. Sie haben alles herbeigeht, was geeignet ist, die Aufhebung der Kreyenstrasse zu verhindern. Und auch mit Recht! Ich will nicht auf die Zählung von Kinderwagen und was sonst von privater Seite gezählt ist, eingehen, ich will mich nur an das halten, was von seiten der Deputation an bestimmten Tagen gezählt worden ist und zwar sind dort gezählt worden 2817 Fußgänger und 118 Radfahrer täglich; das macht einen stündlichen Spitzenverkehr von 367 Fußgänger und 23 Radfahrern. Das ist eine Zählung, die von der Deputation für Stadterweiterung vorgenommen worden ist. (Zurufe: Rino!) Ich weiß nicht, wann es geschehen ist. Jedenfalls müssen wir auf diese Zählung zurückgreifen. Die Verhandlungen zwischen der Deputation und Karstadt sind seit 1 1/2 bis 2 Jahren im Gange, und es hatte den Anschein, daß sie im Juli vorigen Jahres zu einem Abschluß gelangen würden, denn die Deputation hatte einstimmig beschlossen, daß die Kreyenstrasse aufgehoben werden kann, aber zwischen Heymann & Neumann sollte eine Passage gebaut werden. In der Deputationsitzung wurde uns von Senator Allerheiligen berichtet, daß die Firma Karstadt damit einverstanden wäre. Aber es waren noch einzelne Kleinigkeiten zu erledigen, und es wurden erneut Verhandlungen beantragt, auch diesen haben die Sozialdemokraten zugestimmt, damit es

Herr Theil weiß. Herr Schmidt und andere seiner Parteigenossen sind dabei gewesen und werden es bestätigen. Aber diese Verhandlungen mit der Firma Karstadt haben anscheinend nicht genügt, sondern man hat wiederholt in der Deputation und auch in Ausschusssitzungen zu der Frage Stellung genommen, bis wir dann endlich am 24. November in der Deputation erneut die Sache besprochen haben. Und da kam etwas ganz eigentümliches — ich muß das hier sagen — nämlich eine Umstellung der sozialdemokratischen Deputationsmitglieder. Es waren von ihnen nicht vertreten Göze und Schmidt, dafür waren erschienen Kühl und Emil Sommer, Sommer der ja in dieser Geschichte etwas besonderes an sich hat und der es auch verstanden hat, seinen Parteifreunden klar zu machen, daß die Kreyenstrasse aufgehoben werden muß. Sommer sagte, man habe so viele schmale und dreckige Straßen und Gassen, und aus diesem Gesichtspunkte heraus sei es notwendig, daß diese Dreckgasse verschwinde. Nun sehen wir aber, daß die Bevölkerung, die daran interessiert ist, Einspruch erhebt; aus ganz bestimmten Gründen, was von Herrn Schucht auch gesagt worden ist. Ob nun die Kreyenstrasse aufgehoben wird oder nicht — Karstadt wird bauen! Nun muß aber zum mindestens das durchgeführt werden, was die Deputation im Juli vorigen Jahres beschlossen hat, nämlich die Herstellung einer Passage. An diese Forderung wird die umliegende Bevölkerung unter allen Umständen festhalten, und auch meine Fraktion hat mich beauftragt, in diesem Sinne es vorzutragen. Die Schichten, die da in Mitleidenschaft gezogen werden — es handelt sich hauptsächlich um die Mittelschichten — sind durch den Neubau von Karstadt ruiniert, sie gehen pleite. Sie werden allerdings auch pleite gehen müssen, wenn sich der Kapitalismus durchsetzt. Und er wird sich durchsetzen. So wird der Mittelstand immer mehr zusammenschrumpfen, und die Lage wird schließlich eine ganz andere werden, wo es dann heißt: Nie Kapitalismus! Nie Arbeit! Es handelt sich hier um den Existenzkampf der Mittelständler, die es versuchen werden, sich vor den Konzernen und Großunternehmungen zu schützen. Nun, das mag noch eine bestimmte Zeitlang gehen, aber wir sehen auf der anderen Seite, wie die Vertrustung der einzelnen Betriebe und der Ausbau der Konzerne immer weiter vorwärts schreitet. Und auf diesem Wege wird die Firma Karstadt, unabhängig davon, ob wir die Kreyenstrasse aufheben oder nicht, ihr Unternehmen durchführen, so wie sie es sich zum Ziel gesteckt hat. Herr Schucht hat schön plädiert für eine 6 Meter breite Fahrstraße, für wunderbare Grünanlagen, für Promenadenkonzerte usw. Das wird die Firma Karstadt nicht mitmachen, sondern sie wird ihr Unternehmen durchführen. Also, wir werden auf unserm Standpunkt beharren,

daß die Kreyenstrasse als Passage ausgebaut werden muß.

Bohnenkamp (B. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mehrheit der Bürgerschaft mag der Meinung sein, daß man dieser Vorlage

ohne weiteres seine Zustimmung geben könnte, ich möchte aber doch die Damen und Herren bitten, ernstlich zu überlegen, was ein solcher Schritt bedeutet; ich bin fest davon überzeugt, daß Sie diesen Schritt noch einmal bereuen werden. Wenn man einen großen Kreis von Personen vor sich hat, ist man sehr leicht geneigt, auf deren Wünsche einzugehen, hier kommt nur ein kleiner Kreis in Frage, aber auch den müssen wir schützen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Bewohner der großen Hundestraße durch die Aufhebung der Kreihenstraße schwer geschädigt werden, und wenn sie erst aufgehoben wird, dann ist sie niemals wiederherzustellen, das ist klar, sie braucht ja nicht in dem Zustand erhalten zu bleiben, wie sie heute ist; dies hat schon Herr Schucht ausgeführt. Heute ist die Gelegenheit geboten, hier einmal reformierend einzugreifen. Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß große Kreise des Mittelstandes solchen riesigen Bauplänen mit Sorge gegenüberstehen, da es doch eine Tatsache ist, daß diese großen Konzerne und Trusts zu einer großen Gefahr für den Mittelstand auswachsen. (Zwischenrufe. Unruhe.) Durch jede Errichtung eines großen Warenhauses werden so und so viel Mittelstandsexistenzen vernichtet und als Angestellte zu Lohnsklaven herabgedrückt. (Zwischenrufe links.) Ich bitte Sie, sich zu erkundigen, es liegt Material genug darüber vor, daß es gerade die Warenhäuser sind, die die Angestellten am meisten ausnützen. Den Angestellten ist durch die Warenhäuser ferner die Möglichkeit genommen, einmal selbstständig zu werden. Aus den Tageszeitungen haben Sie ersehen, daß die Firma Karstadt sich erbietet, auch Geld auf Sparkasse anzunehmen. Sie brauchen nur hinzugehen und Ihr Geld hinbringen, bekommen 12 Prozent Zinsen, und brauchen sich gar keine Mühe zu geben, Karstadt macht alles. Karstadt sorgt vielleicht auch dafür, daß man ohne große Mühe schließlich sogar ein Automobil mit nach Hause nehmen kann. Also, welche glänzenden Ausichten sind dort vorhanden, und wenn Sie ein großes Warenhaus sehen, welch wunderbaren Eindruck macht es! Ein jeder muß da gewesen sein eine Tasse Kaffee getrunken haben, jeder meint, dort wunderbar billig eingekauft zu haben, ist man aber zu Hause, dann kommt die Enttäuschung. (Große Unruhe.) Mit welchem Gelde werden denn diese Warenhäuser gebaut? Diese sagen öfters, daß sie sogar mit Unterbilanz arbeiten, bei der Steuer sind sie immer nicht diejenigen, welche große Verdienste machen. Ganz Deutschland seufzt unter dem Druck der Steuerschraube, hier ist es endlich an der Zeit, die Steuerschraube anzuziehen.

Dr. Hertel (Z.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß niemand von uns der Ansicht ist, daß die Inhaber der Karstadt A.-G. nicht schlaue, kluge und scharf rechnende Geschäftsleute sind, und ich will Ihnen hier in aller Deffentlichkeit sagen, daß die Bürgerschaft bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht aufgeklärt ist über den wahren Sachverhalt. Und weil sie nicht aufgeklärt ist, ist der Antrag des Herrn Schucht, die Sache

zurückzuverweisen, begründet. Herr Schucht hat die Behauptung aufgestellt — und ich glaube, Herr Schucht hat auch Beweise dafür —, daß der in Frage kommende Grund und Boden noch nicht einmal der Firma Karstadt gehört. (Zwischenrufe Schucht.) Herr Schucht ist bereit, den Beweis sofort anzutreten. Wir haben als Volksvertreter die Pflicht, zu prüfen, ob der Vertragsgegner auch in der Lage ist, den Vertrag zu erfüllen, ob er tauschen kann. Wenn das bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht klarliegt, dann muß die Sache eben klargelegt werden. Die Ausführungen, die von anderer Seite gemacht worden sind, sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Ich habe schon gesagt, daß die Inhaber der Firma Karstadt kluge Leute seien. Das bremer kaufende Publikum wurde aber objektiv getäuscht. Es hat bis vor kurzer Zeit nicht gewußt, daß, wenn es in dem alten Spezialwarengeschäft von Gottwald Dhlly kaufte, es bei Karstadt kaufte; es hat bis vor kurzer Zeit nicht gewußt, daß, wenn es in dem Mäntelhaus Schütte kaufte, es bei Karstadt kaufte. (Göze: Was hat das hiermit zu tun!) Das bremer kaufende Publikum hat weiter nicht gewußt, wenn es in dem Spezialgeschäft von Lemmermann Schuhe kaufte, daß es bei Karstadt kaufte. (Weitere Zwischenrufe.) Weshalb habe ich das alles ausgeführt? Um Sie als Mitkollegen aufmerksam und bedächtig zu machen, um Sie zu veranlassen, die Frage mindestens noch einmal zu prüfen. Es ist doch wirklich nicht notwendig, daß heute die Sache übers Knie gebrochen wird. Es gibt einige Leute, die sagen: Man kann doch nicht dagegen sein; jeder kann machen was er will; wir haben doch freien Wettbewerb. Das soll richtig sein. Aber hier handelt es sich doch um folgendes: Hinter dem zu errichtenden Warenhaus von Karstadt mit den mächtigen, hohen Mauern wohnen so und so viele kleine bremische Staatsbürger des Mittelstandes, die wohl erworbene Rechte haben. (Weitere lebhafteste Zwischenrufe; teilweise Lärm.) Mir scheint es, als wenn die Herren Sozialdemokraten überhaupt gar keine Ausführungen anhören wollten. (Gegenrufe bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich habe schon wiederholt gebeten, nicht so lauten Beifall zu zollen. (Heiterkeit.)

Dr. Hertel: Sie sagen einfach: Wir haben am Mittwoch in der Fraktions-Sitzung in dem Sinne der Vorlage beschlossen. So darf man doch nicht verfahren. Herr Senator Sommer ist objektiv getäuscht worden; er ist nicht richtig im Bilde. (Göze: Der kommt garnicht dafür in Frage.) Ich weiß garnicht, weshalb man Herrn Senator Sommer in Schutz nehmen will; das ist garnicht notwendig. Die Sache ist für Herrn Senator Sommer, der die Sache gutgläubig unterschrieben hat, doch nicht sengerig? (Gelächter und Zurufe links.) Es besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß wir alle das beste wollen, wir wollen keine Interessenpolitik und keine Sonderpolitik treiben, wir wollen als Volksvertreter dafür sorgen, daß nicht wohl erworbene

Rechte einzelner zugunsten anderer beschränkt oder beseitigt werden. Das ist der Inhalt meiner ganzen Ausführungen. Wohl erworbene Rechte kleiner Leute werden geschädigt, wohl erworbene Rechte am Haus, an Grund und Boden, am Geschäft, an Kundenschaft, geschädigt nicht durch Wettbewerb, nicht durch freien Konkurrenzkampf, sondern durch einen nach meiner Ueberzeugung unüberlegten Beschluß der Bürgerschaft, wenn heute die Vorlage gefaßt werden sollte. Vielleicht geben die Herren Dr. Steengrafe, oder Dr. Gebert Herrn Schucht die erbetene Aufklärung über die Rechtslage. (Erregter Zuruf von Dr. Gebert.) Ich schließe mich dem Antrage Schucht auf Zurückweisung an. Wir wollen doch nichts weiter, als daß man den in Frage kommenden Leuten die Zuwegung läßt. Warum wollen Sie das denn nicht? Sind es denn Sonderinteressen, die hier jemanden veranlassen, für den geplanten Karstadt-Bau einzutreten? Ich glaube es nicht. Mir ist gesagt worden, daß dem so sei, daß hier von einigen Mitgliedern der Bürgerschaft — ich wage nicht, das auch nur anzudeuten. Der Herr Präsident schüttelt den Kopf, ich weiß, was er sagen will, ich will das mir unglaublich Erscheinende nicht sagen — — — (Große Erregung und Entrüstungsrufe in der Mitte. Professor Dr. Diez: Das geht nicht; entweder Sie sprechen deutlich, oder Sie schweigen, solche Verleumdungen dürfen aber nicht angedeutet werden!) Ich glaube, daß ich nicht verpflichtet bin — — —

Präsident: Herr Dr. Hertel! Ich bitte Sie, etwas lauter zu sprechen, die Stenographen können sonst nicht folgen!

Dr. Hertel: Ich glaube, das liegt daran, daß hier zuviel Lärm ist.

Präsident: Haben Sie einen Antrag zu stellen?

Dr. Hertel: Jawohl!

Präsident: Bitte, formulieren Sie den Antrag!

Dr. Hertel: Mein Antrag lautet:

Die Bürgerschaft genehmigt den mit Karstadt abgeschlossenen Vertrag mit der Maßgabe, daß die Kreyenstrasse bleibt, sei es an der jetzigen Stelle, sei es an einer von der Deputation für Bauwesen zu bestimmenden anderen Stelle auf dem hier fraglichen Grund und Boden.

Dr. Gebert (Bl.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht zunächst eins richtig stellen. Herr Dr. Hertel hat angenommen, daß ich bezüglich der Frage, die er gestellt hat, bereit sein würde, einige Erklärungen als Mitglied der Deputation abzugeben. Herrn Dr. Hertel muß ich allerdings erklären, daß ich dazu nicht bereit bin und zwar insbesondere deshalb, weil ich es für geradezu unmöglich halte, hier auf Andeutungen und Verdächtigungen, die in der Form, in der sie vorgebracht werden, geradezu als Vergiftung wirken müssen, einzugehen, wenn Dr. Hertel nicht die Konsequenz zieht und klar und eindeutig sagt, was er damit denn eigentlich hat sagen wollen.

Ich habe überhaupt das Gefühl, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es in diesem

Falle an einem frisch-frohen Bekennermute fehlt. Und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Es ist einem großen Teil des Hauses höllisch unangenehm, — und ich persönlich muß ganz ehrlich sagen, daß ich mir auch ein schöneres Vergnügen vorstellen könnte, und zwar nicht nur wegen der Hitze hier im Saal — zu dieser Vorlage klipp und klar Stellung zu nehmen. Herr Dr. Hertel hat ausgeführt, daß es sich nicht darum handeln dürfe, Sonderinteressen zu vertreten, sondern Staatsinteressen. Wie liegen die Dinge für uns, d. h. für die Regierungsparteien, die durch ihre Fraktionsführer und durch ihre berufenen Vertreter in der Deputation sich geeinigt haben, die Verabschiedung der Vorlage im Sinne der Vorschläge des Senats herbeizuführen? Sie liegen so, daß wir uns darüber klar waren, daß wir im Interesse des Staates diesen Weg gehen mußten und wollten. Und zwar weshalb? Weil die Ausgestaltung der Pläne für die Weiterentwicklung der inneren Altstadt uns als Volksvertreter unter allen Umständen dazu zwang, und weil zum andern der Gewinn eines Raumes auf der rechten Seite der Obernstraße von 2 m Breite unter so günstigen Bedingungen für den Staat unter keinen Umständen jemals wieder zu erreichen sein wird.

Was ist denn die Kreyenstrasse früher gewesen? Ich behaupte, daß ein großer Teil Mitglieder dieses Hauses den Namen Kreyenstrasse erst im Adreßbuch oder auf dem Stadtplan hat suchen müssen, ehe man sich mit der nötigen Empörung über den Fall hat äußern können (Heiterkeit, Unruhe und erregter Widerspruch. Glocke des Präsidenten). Die Kreyenstrasse ist lediglich ein Verbindungsgang gewesen, der weder früher noch in der letzten Zeit eine besondere Bedeutung gehabt hat; und wenn man sie unter dem Gesichtspunkt des Verkehrs betrachtet, so haben wir allerdings sehr wenig Interesse daran. Daß ein gewisser Durchgangsverkehr, solange eine derartige Gasse überhaupt vorhanden ist, sich selbstverständlich auch hier zeigt, das kann kein Mensch bezweifeln, denn der Verkehr geht eben die Wege, die ihm gewiesen werden.

Aber hier handelt es sich darum, daß man es bei der Beibehaltung der Kreyenstrasse ja garnicht bewenden lassen will. Ich bedaure außerordentlich, daß eine ganze Reihe von Momenten geäußert worden sind, die, weil sie geäußert worden sind, auf Jahre hinaus jede großzügige Planungspolitik überhaupt illusorisch machen. Da stellen Sie sich doch gleich lieber draußen auf den Markt und legen ihre eventuellen Bebauungspläne aus; damit kommen Sie ganz entschieden noch weiter, denn ist das Geschäft in Ordnung. Aber wenn man nun einmal Deputationen und Verwaltungen hat, dann sollte man doch lieber denen die verantwortungsvolle Arbeit überlassen, und es wäre wirklich besser, wenn man in etwas objektiverer Weise die Arbeit dieser von der Bürgerschaft doch nun einmal eingesetzten Institutionen würdigen wollte.

Wir sind uns völlig darüber klar, daß innerhalb der Stadterweiterungsdeputation selbst, daß innerhalb des Bauhofs, daß innerhalb der Vertretungen

der einzelnen Behörden durchaus nicht überall dieselbe Meinung in dieser Frage ist. Die Idee, die Kreyenstrasse nicht nur bestehen zu lassen, sondern ausbauen und zu erweitern, hat nur dann Sinn und Verstand, wenn weitere Pläne dahinter stecken. Wenn man uns aber schon mit solchen Ideen kommt, so muß man doch fragen: was bedeutet es für Bremen wirtschaftlich, wenn Sie den Plan haben, der Sögestraße parallel eine andere Straße zu führen, d. h. die Kreyenstrasse durchzuführen bis zum Wall? Das bedeutet eine Belastung, die vielleicht der Städtebauer geneigt ist, leichtem Herzens zu verantworten, die aber niemals der verantwortliche Finanzmann und auch niemals die Finanzdeputation verantworten kann und darf. Gehen wir aber mit solchen Plänen nicht auf weite Sicht hinaus, ziehen wir also die Verlängerung der Kreyenstrasse bis zur Knochenhauerstraße und zum Wall nicht in den Kreis unserer Erwägungen hinein, so hat es überhaupt gar keinen Zweck, diese Gasse zu erhalten und zwar deshalb nicht, weil ein Verkehr im Sinne einer Befruchtung der hier in Frage kommenden Gegend überhaupt nicht vorliegt; denn nach der Großen Hundestraße wickelt sich kein als Geschäftsverkehr anzusprechender Verkehr ab.

Wenn nun die Kreyenstrasse an die Karstadt A.-G. abgetreten wird, so bleiben dabei 279 qm übrig, die der bremische Staat erhält, und für diese freiwerdenden 279 qm, die zur Verbreiterung der Obernstraße und der Sögestraße dienen sollen, zahlt der Staat 100 000 *R.M.* an die Karstadt A.-G. Das sind etwa 347 *R.M.* für den qm. Bringen Sie aber die Vorlage zum Scheitern, sodaß der Staat auf den Weg angewiesen würde, diesen Raum zu enteignen bezw. eine angemessene Entschädigung dafür zu zahlen, nachdem die Verhandlungen soweit gebieten sind, so würden wir, glaube ich, an diese 100 000 *R.M.* getrost eine Null anhängen müssen.

Was ich weiter nicht begreife, das ist die Tatsache, daß der Abwehrkampf gegen das Warenhaus als solches mit dieser Vorlage in einer derartigen Weise verquickt wird. Es ist von den Herren ja selbst zugegeben worden, daß die Karstadt A.-G. unter allen Umständen bauen werde und nicht daran gehindert werden könne, ganz gleich, ob die Vorlage angenommen werde oder nicht. Wir können also diese Entwicklung garnicht hemmen. Meine Damen und Herren! Dann haben Sie bitte auch die Konsequenz und verlangen nicht, daß die Bürgerschaft eine solche Vorlage zurück verweist. Und zweitens erklären Sie klipp und klar: wir sind Gegner jedes Warenhauses — ich persönlich bin es auch (Lachen rechts), das hat aber mit der Vorlage nichts zu tun —, und dann lehnen Sie die Vorlage überhaupt ab. Machen Sie aber nicht die Spiegelfechtereier, daß Sie die Vorlage, nachdem Sie sie schon vor einem halben Jahr zurückverwiesen haben, nochmals zurückverweisen, trotzdem Sie ganz genau wissen, daß Sie sie im Oktober oder Dezember in irgend einer Form wieder zurückbekommen werden, ohne daß an ihrem sachlichen Inhalt auch nur das geringste geändert werden könnte. Also wenn man

schon einmal auf einem derartigen Standpunkt steht und für sich in Anspruch nimmt, daß man vielleicht gerade in einer solchen Frage eine Art Weltanschauung politischer oder sonstiger Art betätigen möchte, dann ist es wirklich nicht zuviel verlangt, daß man in einer solchen Frage auch einmal gerade durchgeht.

Ich hatte nicht daran gedacht, daß ich heute noch das Vergnügen haben würde, für einen großen Teil meiner Freunde die Zustimmung zu dieser Vorlage erklären zu müssen. Aber da es nun einmal der Fall ist, halte ich es für zweckmäßig, so klar und eindeutig wie nur möglich Stellung zu nehmen in der Richtung, daß ich Sie bitten möchte, diese Vorlage so schnell wie möglich zu verabschieden.

Noch eins. Auch für den Staat gilt der Grundsatz von Treu und Glauben und die Pflicht, unter Berücksichtigung der Verkehrsitten zu handeln. Deshalb ist dieses ewige Hin und Zurück und dieses Erheben von Einsprüchen im letzten Augenblick ein Ding der Unmöglichkeit. Schließlich hat auch ein derartiges Projekt Anspruch darauf, mit dem nötigen Ernst endgültig erledigt zu werden. In diesem Sinne wird ein sicherlich großer Teil meiner Freunde der Vorlage zustimmen.

Schucht (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß dem Senat die Angelegenheit Karstadt erhebliche Kopfschmerzen verursacht, geht schon aus der Erklärung des Senators Allerheiligen hervor, die er im Sommer 1927 in der Deputation abgegeben hat. Er sagte: „Wenn nicht alle Fraktionen für dieses Projekt sind, werde ich die Vorlage nicht weiterleiten.“ Trotzdem sich nun einige Fraktionen dagegen ausgesprochen haben, wurde eines guten Tages die Vorlage doch der Bürgerschaft zugeleitet. Wenn Herr Dr. Gebert gesagt hat, es sei ihm recht unangenehm gewesen, in dem Ausschuß über diese Vorlage mitzuarbeiten, dann frage ich mich eigentlich: Warum hat Herr Dr. Gebert keine Veranlassung genommen, der Deputation die ganze Vorlage zur Entscheidung vorzulegen? Am 30. Dezember 1927 ist die Vorlage zurückverwiesen worden, und die Deputation als solche hat sich überhaupt nicht mit der Vorlage beschäftigt, lediglich der aus vier Herren bestehende Ausschuß. Aufgabe des Ausschusses wäre gewesen, gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlage sie der Deputation weiterzuleiten, damit sie die Entscheidung trifft. Auf Treu und Glauben seien die Verträge abgeschlossen worden, sagt Herr Dr. Gebert: auf Treu und Glauben hat der Staat angenommen, Karstadt sei der Eigentümer des gesamten Grundbesitzes, von dem er dem Staat abzutreten hat. Er ist es aber nicht. Vor mir liegt ein Telegramm des Eigentümers Foswig; ich bin bereit, es dem Herrn Präsidenten zu übergeben. Dieses Telegramm ist durch Schreiben des Eigentümers bestätigt, und aus diesem Schreiben geht hervor, daß Karstadt sich sogar weigert, die vertraglich vereinbarte Miete zu zahlen, und im übrigen hat er einen Kaufpreis geboten — es wäre geradezu Selbstmord, schreibt Foswig, wenn er diesen

Kaufpreis akzeptieren würde. Im übrigen wird es wohl genügen, wenn ich mich auf die Akte des Grundbuches beziehe, aus der ersichtlich ist, daß Karstadt noch nicht Eigentümer der gesamten Grundstücke ist. Wenn nun ein Mitglied der Bürgerschaft eine solche Erklärung abgibt und Bezug nimmt auf die Grundbuchakte, dann ist es Aufgabe der Bürgerschaft, die Vorlage solange zurückzustellen, bis Klarheit über diese Sache geschaffen ist. Das Beweisstück werde ich mir erlauben dem Herrn Präsidenten zu übergeben.

Präsident: Ich habe kein Interesse daran. Niemand bezweifelt Ihren Beweis, und ich habe gar keine Veranlassung, ein solches Beweisstück von Ihnen in Empfang zu nehmen. Uebrigens steht die Frage auch garnicht zur Verhandlung.

Schucht: Dann gehe ich in der Annahme nicht fehl, daß die Bürgerschaft es als feststehend betrachtet, daß Karstadt noch nicht Eigentümer auch desjenigen Grundstücks ist, von dem er nach dem Vertrage einen Teil an den bremischen Staat abzutreten hat.

Präsident: Das geht die Bürgerschaft nichts an. Wenn Herr Karstadt etwas verkauft hat, was ihm nicht gehört, und der Staat verlangt nachher die Lieferung, dann muß Karstadt den Schaden tragen.

Schucht: Der Staat will ja keine Barentschädigung; er will den Grund und Boden, den er einem anderen Eigentümer nicht wegnehmen kann.

Präsident: Gewiß; aber das geht uns nichts an.

Schucht: Herr Dr. Gebert hat immer wieder hervorgehoben, daß der Staat sehr gut bei der Entschädigung von 100 000 *RM* fahre. Warum sollen denn die Straßen verbreitert werden? Das liegt doch in Karstadts eigenem Interesse. Denn wie sehen denn heute die Pelzerstraße, die Hundestraße usw. aus, wo Wagen neben Wagen steht, sodaß ein Fußgängerverkehr fast unmöglich ist. Er muß die Straße verbreitern, selbst wenn ein Neubau nicht erstehen sollte. Insofern ist die Entschädigung viel zu hoch, die der Staat noch obendrein an Karstadt zahlen muß. Ueber die Untertunnelung und den für die benachbarten Grundstücke dadurch entstehenden Schaden schweigt sich die Vorlage aus. Und wenn wir etwa glauben, daß durch den Karstadt-Neubau die bremische Bevölkerung tüchtig zu verdienen bekommt, dann irren wir uns ganz gewaltig, denn Karstadt wird die Arbeiten nicht durch das bremische Handwerk ausführen lassen. Er wird auch nicht die Materialien aus Bremen beziehen; Karstadt wird sie schon auf eigenen Wagen mitbringen. Die Beweise haben wir jetzt von allen Städten, in denen Karstadt Warenhäuser hat bauen lassen. Dr. Hertel hat sehr recht, wenn er sagt, daß man hier vorsichtig zu Werke gehen muß. Ich habe bereits den Antrag auf namentliche Abstimmung bezw. Zurückverweisung der Vorlage gestellt.

Theil (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur einige Bemerkungen; mehr zur

Diskussion als zur Vorlage selbst. Die Meinung des größten Teils meiner Freunde steht durchaus fest und deckt sich mit den Darlegungen des Herrn Dr. Gebert. Schon anlässlich der Statsberatung hat sich ein großer Teil der Aussprache um die Fragen gedreht: Führt das Kaufhaus zur Vernichtung des Mittelstandes. Wir haben schon bei dieser Debatte auf die große wirtschaftliche Entwicklungslinie hingewiesen, der alle Unternehmer unterworfen sind und die bei der Entwicklung des Einzelhandels vom Kleinstunternehmen bis zum Kaufhaus hinauf keine Abweichungen zeigt. Bei dieser Gelegenheit noch einmal auf diese ganze wirtschaftliche Entwicklungslinie noch einmal ausführlich einzugehen, ist unnötig.

Ich bin auch der Ueberzeugung, daß diejenigen die die Aufrechterhaltung der Kreyenstraße wollen, in sich vollständig uneinig sind. Durchaus nicht in der Ordnung war, daß heute Herr Dr. Hertel, der Jurist und Rechtsanwalt ist, sich hier in einer Anzahl Vermutungen — ich möchte fast sagen Verdächtigungen — ergangen ist, wofür er bisher auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht hat. Ich bin deshalb besonders darüber verwundert, weil Herr Dr. Hertel — zum mindestens als Hospitant — einer Fraktion ausgeschlossen ist, die in dem in Frage kommenden Ausschuss durch den unterzeichneten Rechnungsführer vertreten ist. Und Herr Dr. Hertel hätte sehr wohl seine Besser-Wissenschaft — wenn sie vorhanden ist — diesem Rechnungsführer zur Kenntnis bringen können. Das ist nicht geschehen. Die demokratische Fraktion hat von der Wissenschaft des Herrn Dr. Hertel anscheinend keine Ahnung. So muß ich annehmen, daß nur durch Andeutungen und rein gefühlsmäßig gegen eine wirtschaftliche Notwendigkeit angekämpft wird.

Im übrigen möchte ich aber in diesem Zusammenhange noch eine andere Feststellung machen. In einem anderen Kreise ist über die Frage des Ankaufs von Häusern, die in der Gegend liegen, für die Herr Schucht und andere Herren — auch Häusermakler und Rechtsanwälte — sich mit aller Energie eingesetzt haben, geredet worden und da sind Preise genannt worden, die geradezu Staunen erregen. Die Deffentlichkeit hat, glaube ich, ein Recht darauf, auch mal die Frage beantwortet zu erhalten, inwieweit bei dem Kampfe für die Aufrechterhaltung der Kreyenstraße Grundstückspekulanten im Spiele sind. Wenn wir dieser Frage mal nachgehen, dann kommen wir auf den wirklichen Kern der ganzen Angelegenheit. Und ich bin überzeugt, wenn wir die schönen Reden beiseite lassen, die hier gehalten sind (Lebhafte Zwischenrufe. Lärm. Glocke des Präsidenten.), dann treten schließlich die nacktesten privatkapitalistischen Interessen in den Vordergrund. Das machen wir nicht mit. Das lehnen wir ab.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um gegenüber den Anträgen auf Zurückverweisung der Vorlage an die Deputation noch einmal klar zu legen, daß diese Zurückverweisung unmöglich ist, und

zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Die Sache liegt so, daß es sich bei dieser Vorlage durchaus nicht um eine Ueberraschung für die Bürgerschaft handelt, sondern daß bereits 1923 die Verträge mit Karstadt soweit abgeschlossen waren, daß er den Bau beginnen wollte. Durch die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde er davon zurückgehalten. Auf Grund langwieriger Verhandlungen ist dann diese Vorlage der Bürgerschaft Ausgang des vorigen Jahres zugegangen. Es sind wiederholt Aussetzungen beantragt worden, ehe sie zur Beratung kam, dann trat die Zurückverweisung ein und jetzt muß eine Entscheidung getroffen werden. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß ein Teil der Mitglieder dieses Hauses die Vorlage nicht annehmen will. Ich möchte dann aber bitten, doch auch den Mut zur Konsequenz der Ablehnung aufzubringen, nicht aber sich hinter einer Zurückverweisung zu verstecken, bei der tatsächlich nichts herauskommen kann. Es ist nämlich bei dieser Vorlage nichts zu verschleiern, und sie ist durchaus nicht so geheimnisvoll, wie hier von einigen Herren andeutungsweise gesagt worden ist. Für die Bürgerschaft ist doch lediglich die Frage zur Entscheidung gestellt, ob sie einer Bebauung dieses großen Platzes, der nun schon seit Jahren brach liegt, teilweise in einem völlig unwürdigen Zustand im Mittelpunkte der Stadt störend wirkt, zustimmen soll. Und bei der Entscheidung über diese Frage hat selbstverständlich — auch gegenüber dem Interesse mancher Anlieger, wie es in letzter Zeit in Erscheinung getreten ist — für die Gesamtheit der Bürgerschaft nur und ganz allein das Staatsinteresse ausschlaggebend zu sein. Dieses öffentliche Interesse ist in den Verhandlungen der Deputation nach jeder Richtung hin geklärt und geprüft worden.

Dabei hat sich folgendes ergeben: Die Frage der Entwicklung der Warenhäuser, die besonders in der letzten Zeit eine verstärkte gewesen ist — eine Entwicklung, die nebenbei auch zu einer Ausdehnung der Konsumentenorganisationen geführt hat — steht bei dieser Vorlage nicht zur Debatte, denn das ist eine Frage, die unabhängig von der Stellungnahme zu dieser Vorlage nicht nur durch die großen wirtschaftlichen Entwicklungsformen im Reich, sondern darüber hinaus in fast allen Ländern mit gleicher wirtschaftlicher Entwicklungsstufe entschieden wird. Es ist eine Entwicklung, gegen die wir uns nicht stemmen können, die wir vielleicht persönlich oder aus anderen Gründen bedauern mögen, aber mit der wir rechnen müssen, wenn wir als diejenigen, die die Verantwortung tragen für die Entwicklung und die Zukunft unserer Stadt unsere Augen offen halten. Dem Staat ist ein Angebot gemacht worden von einer leistungsfähigen und wirtschaftlich kräftigen Firma, an dieser Stelle, deren Häuser bisher wenig schön das Stadtbild beeinflussen, einen würdigen Bau aufzuführen und dabei gleichzeitig die Verbreiterung an der Obern- und Sögestraße, die im Gesamtinteresse notwendig ist, durchzuführen. Die Anwohner wenden sich nicht so sehr gegen die Ausführung dieses Baues, sondern ihre Bedenken münden

in den Fragen, ob die Kreyenstrasse erhalten werden soll, ob eine Passage errichtet werden muß oder ob auf beides verzichtet werden kann. Und da liegt die Entscheidung für die Bürgerschaft, wie ich immer wieder betone, nur in der Richtung, daß sie das Gesamtinteresse zu vertreten hat. Sie ist klar und eindeutig. Es ist durch die Abmachungen möglich, die erheblichen Abtretungen von Grund und Boden an der Obern- und Sögestraße, und die Damen und Herren wissen ja, daß nach den Schätzungen diese Gegend der wertvollste Grund und Boden im Stadtgebiet ist — gegen Aufhebung der Kreyenstrasse zu erreichen zu einem Preise, der überhaupt keine Aufwendung für die Stadt bedeutet. Wenn wir auf die Aufhebung der Kreyenstrasse verzichteten, müßten wir diesen Grund und Boden voll entschädigen.

Die Fragestellung lautet also: ist die Aufhebung der Kreyenstrasse im Gesamtinteresse zu vertreten oder nicht? Die wiederholten Zählungen, die gemacht worden sind, haben nur einen sehr geringen Wert, denn sie sind zu einer Zeit erfolgt, als die Kreyenstrasse bereits auf der einen Seite freigelegt war. Früher, als die Straße auf beiden Seiten bebaut, also völlig dunkel war, hatte sie überhaupt keinen Verkehr; erst seitdem Sonne und Luft hineinkommen, hat eine Anzahl Menschen den Weg durch diese Straße genommen. Das Entscheidende bleibt, daß die Aufhebung der Kreyenstrasse nicht so stark ins Gewicht fällt wie das Opfer, das wir für den Erwerb von Grund und Boden bringen müßten, wenn der Vertrag mit der Karstadt A.-G. in dieser Form nicht zustande kommt. Und da stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung sich schon deshalb vertreten läßt, weil der Staat dadurch erhebliche Mittel, die er sonst für den Erwerb von Grund und Boden an Söge- und Obernstraße aufbringen müßte, ersparen wird. Ich glaube, daß der Staat angesichts seiner angespannten Finanzlage auf derartige Ersparnisse nicht verzichten darf.

Wir werden also in überwiegender Mehrheit der Vorlage zustimmen, weil wir es für unbedingt erforderlich halten, daß endlich einmal über die Bebauung dieses Platzes in der Mitte unserer Stadt Klarheit geschaffen wird.

Dr. Hertel (3.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag gestellt, man möge der Vorlage zustimmen, aber eine Passage gestatten. Bei diesem Antrage handelt es sich darum, die Wegnahme von wohl erworbenen Rechten zu verhindern. Das ist der Kernpunkt. Aber auf diesen Punkt ist kein einziger der Herren Vorredner, abgesehen von Herrn Schucht eingegangen. Wenn die Vorlage angenommen wird, ohne daß gleichzeitig die Beibehaltung einer Passage beschlossen wird, werden die Grundstückseigentümer, die kleinen Gewerbetreibenden, die dort wohnen, und ihre Kunden einfach verurteilt, einen großen Umweg zu machen. Die Grundstücke und Geschäfte werden entwertet. Herr Schucht hat soeben festgestellt, daß die Karstadt A.-G. noch nicht einmal Grundstückseigentümer des auszutauschenden Grundstücks ist.

Jeder ist bei der Schließung von Verträgen vorsichtig, und die Bürgerschaft sollte es doch auch sein. (Zuruf). Gewiß, man kann aus dem Vertrage auf Erfüllung klagen. Aber wer macht sich denn beim Abschluß eines Vertrages solche Unbequemlichkeiten? Gewöhnlich ist es doch so, daß die Gegenseite bei Laßung oder gesicherter Laßung zu erfüllen hat! Und jetzt soll man in diesem Falle so vorschnell dieser Vorlage zustimmen? Hat das denn solche Eile? Warum hat es solche Eile? Im Augenblick steht noch nicht einmal fest, ob der Vertragsgegner in der Lage ist, seine Vertragspflichten zu erfüllen. Da verstehe ich offen gestanden nicht, warum man nicht so lange warten kann, bis Karstadt nun auch wirklich Eigentümer geworden ist. Es kann ja möglich sein, daß er gar nicht Eigentümer wird. Im übrigen ist darauf hingewiesen worden, was alles an Geschäften von Karstadt gemacht wurde und noch gemacht werden soll. Das interessiert mich gar nicht. Es soll auch den Sparkassen in Bremen und außerhalb Konkurrenz gemacht werden mit dem Lockvogel von 12 Prozent Zinsen. Solcher Art Erwägungen spielen bei meinem Antrage in keiner Weise mit. Es liegt ihm weiter nichts zu Grunde als die Frage: mit welchem Recht nehmen wir den kleinen Staatsbürgern wohl erworbene Rechte weg? (Gelächter.) Das steht doch nun einmal fest, daß dies geschieht, wenn die Vorlage angenommen wird. Das werden wir feststellen für alle Zukunft und für alle Wähler. Deshalb freue ich mich, daß Herr Schucht den Mut hat, namentliche Abstimmung zu beantragen, damit jeder hier im Saale Farbe bekennen muß. Dadurch wird sich zeigen, was die Parteien vor den Wahlen dem Mittelstand versprochen haben, und was sie von ihren Versprechungen gehalten haben! (Lachen und Zurufe).

Dr. Gebert (B. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem, was Herr Dr. Hertel soeben vorgetragen hat, interessiert mich zunächst nur die Feststellung, daß Herr Dr. Hertel auf die ausführliche Richtigstellung der Angriffe, die er vorgenommen hat, und die sowohl von Herrn Theil wie von mir moniert worden sind, mit keinem einzigen Worte eingegangen ist.

Mich interessieren dann zwei weitere Fragen: die Frage der Beurteilung der Rechtslage bezüglich der sogenannten wohl erworbenen Rechte, und die Frage, welche Rechte das sind. Ich darf vielleicht einen klassischen Fall aus der Vorgeschichte hervorheben. Die Edele am Domshof (Museumsgebäude) war verpachtet, der Vertrag enthielt einen Optionsvertrag unter den günstigsten Bedingungen. Es wurde eine Fluchtlinie über das Grundstück gelegt, von dem auf diese Weise ein Drittel abgeschnitten wurde. Dieses eine Drittel mußte nachher zum Schätzwert abgetreten werden. Der Vertrag, der auf 15 Jahre vorgesehen war, scheiterte dann, und es ergaben sich für beide Teile die aller-schwierigsten wirtschaftlichen Konsequenzen. Der bisherige Standpunkt in dieser Frage war der, daß an dieser Auffassung nichts zu ändern ist, und nach

der augenblicklichen Rechtsprechung ist dieser Standpunkt der gegebene. Im vorliegenden Falle aber handelt es sich darum: verbürgt die Tatsache der Existenz eines Verkehrsweges irgend welche wohl erworbenen Rechte? Es ist doch so, daß irgend ein Neubau oder Umbau für die Freiheit der Dichtzufuhr unter Umständen sehr peinlich sein kann, ohne aber die Frage der wohl erworbenen Rechte oder irgend einer Haftung aus der Verletzung solcher Rechte zu berühren. Hier liegt es so, daß es in keinem deutschen Reichsgesetz und keinem deutschen Landesgesetz irgend einen Anspruch gibt, daß die Straße, an der man liegt, in derselben Form erhalten bleiben muß. Die ganze moderne Entwicklung der Verkehrsregelung ist ja überhaupt nur dadurch zu erklären, daß die Kommunen das Recht haben, sogenannte Einbahnstraßen anzulegen. Aber solch eine Einbahnstraße z. B. im Zentrum von Berlin ist unter Umständen mit geradezu maßlosen Schädigungen für sämtliche Ladeninhaber in diesen Straßen verbunden. Darüber sind wir uns also vollständig klar. Und trotzdem sind diese Dinge, weil sie Begleiterscheinungen der ganzen Entwicklung sind, nun einmal nicht zu vermeiden, man muß sich mit ihnen abfinden, und es hat gar keinen Zweck, daß man den wunderbaren Begriff der wohl erworbenen Rechte auf diese Fälle anwendet. Wo sind denn die wohl erworbenen Rechte während der Inflationszeit geblieben? (sehr richtig!) Man kann doch diesen Begriff nicht nach Belieben aus der Mottentiste herausholen und nach Gebrauch wieder hineinlegen; damit ist doch nicht das geringste zu machen.

Und nun der zweite Begriff: Was geht uns der Vertrag zwischen der Karstadt A.-G. und Juwendiel & Joswig an? Absolut nichts! (Gelächter rechts), Für uns hat das keinerlei Rechtsfolgen. Wenn Karstadt den Vertrag nicht erfüllen kann, so sind die Rechtsfolgen nur für ihn allerdings ohne weiteres evident!

Schucht (Sb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Gebert ist doch Notar. Und da möchte ich ihn einmal fragen: wenn zwei Parteien zu ihm kommen und einen Kaufvertrag abschließen wollen, ob er da nicht zunächst den Verkäufer fragt: sind Sie denn auch Eigentümer des Grundstücks? (Gelächter), oder ob er sich hinsetzt und einfach auf Grund der Angaben der Parteien den Kaufvertrag aufschreibt und notariell beurkundet. Und die gleiche Pflicht, die hier der Notar hat, hat doch auch der bremische Staat bzw. der vom Staat bestellte Urkundsbeamte bei der Beurkundung der Verträge. Und da wäre es doch merkwürdig, wenn man einen Vertrag abschließen wollte, ohne die Frage vorher geprüft zu haben: kann der Mann über das Grundstück verfügen oder nicht? Man wird mir vielleicht sagen: der Mangel kann bei der Auflassung geheilt werden. Vielleicht ist dies möglich, aber man sollte es doch erst gar nicht soweit kommen lassen, sondern man sollte sofort Klarheit schaffen. Aber das scheint dem bremi-

schen Staat bezw. der Behörde etwas unangenehm zu sein. Aus diesem Grunde allein schon muß die Vorlage zurückverwiesen werden.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich lediglich zum Wort gemeldet, um die von Herrn Schucht angeschnittene Frage noch einmal mit wenigen Worten zu klären, damit der Bürgerschaft nicht vorgeworfen werden kann, sie habe eine Sache beschlossen, die sie nicht übersehen habe. Die Dinge liegen doch so: Es besteht ein Vertrag zwischen Karstadt und Joswig, nach dem Karstadt das Gebäude mit Ankaufsrecht gemietet hat; zu welchen Bedingungen im Einzelnen, entzieht sich meiner Kenntnis, denn der Vertrag ist bei den Verhandlungen in der Finanzdeputation nicht vorgelegt worden. Ferner ist der uns heute vorliegende Vertrag abgeschlossen worden — vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft — zwischen dem bremischen Staat und der Karstadt A.-G., wonach sich diese verpflichtet, das gesamte umschriebene Grundstück, das sie zu Eigentum besitzt, wie es grundbuchamtlich eingetragen ist — — — (Schucht: Es ist aber noch nicht eingetragen) was sie jetzt schon zweifelsfrei besitzt, zu bebauen und bestimmte Straßensflächen an den Staat abzutreten. Zu dieser abzutretenden Fläche gehören auch einige Quadratmeter des Hauses Hwendiet & Joswig, die zur Zeit nach den Angaben des Herrn Schucht noch nicht im Eigentum der Karstadt A.-G. sein sollen. Jetzt ist das Verhältnis doch so: auf Grund des Vertrages mit dem Bremer Staat muß die Karstadt A.-G. diese Fläche liefern. Wie die Karstadt A.-G. sie bekommt, ist dem Staat gleichgültig. Wenn es der Karstadt A.-G. nicht gelingen sollte, diese Fläche zu liefern, so wird der Vertrag zwischen dem Staat und der Karstadt A.-G. hinfällig. (Schucht: Wo steht das?) Das ist doch selbstverständlich!

Präsident: Herr Wenhold, darf ich Sie bitten, hierher zu reden? Die Stenographen hören nichts!

Wenhold: Ich nehme an, daß das Präsidium die Sache ohne weiteres versteht!

Präsident: Aber die Stenographen möchten es gern zu Papier bringen!

Wenhold: Ich wollte zusammenfassend nur sagen, daß wenn der Vertragsgegner die Vertragsbestimmungen nicht erfüllt, es selbstverständlich ist, daß der Vertrag hinfällig wird, und daß außerdem der Staat noch Ansprüche wegen der Nichterfüllung des Vertrages zu stellen hat. Das ist die einfache und klare Rechtslage.

Der Zurückverweisungsantrag Schucht wird abgelehnt.

Der Antrag Priemer wird abgelehnt.

Der Antrag Hertel wird abgelehnt.

Der Antrag Schucht auf namentliche Abstimmung wird angenommen.

Die Vorlage wird mit 61 gegen 37 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmen:

Bahnson, Minna
Blanke, Heinrich
Böhmert, Wilh., Dr.
Brasch, Hermann
Caspar, Erich
Deppe, August
Diez, Prof. Dr.
Drees, Oskar
Dronke, Kurt, Dr.
Dunkel, Richard
Eckermanns, Heinrich
Ethe, Max
Fauft, Alfred
Fritsch, Burchard
Gebert, Hugo, Dr.
Glade, Johann
Göze, Albert
Grimm, Heinr.
Grupe, Aug.
Günther, Rob.
Hagedorn, August
Harder, Hanna
Harms, Joachim
Hartmann, Heinrich
Haupt, Arthur
v. Heufelum, Gerh.
Jahn, Max
Jungmittag, Clara
Karkmeyer, Carsten
Karrenberg, Carl
Kellner, Wilhelm

Klenke, Friedrich
Kumpfer, Eduard
Lüdeling, Hans
Ludewig, Johann
Lürken, Elisabeth, Dr.
Magarin, Helene
Meyer, Bernard
Niehaus, Charlotte
Noch, Franz
Osterloh, Johann
Rodewald, Berena, Dr.
Rohmann, Bernh., Dr.
Rummel, Willy
Runkel, Peter
Schierenbeck, Ludwig
Schlüter, Ludwig
Schmalfeldt, Hinrich
Schmidt, Wilhelm
Schulze, Hermann
Schulze, Oskar
Schwarz, Oskar
Spindler, Emil
Starker, Franz
Stiegler, Anna
Steengrafe, Dr.
Theil, Emil
Ulrich, Arthur
Wenhold, Hermann
Wuppelahl, Carl A.
Ziesler, Otto

Mit Nein stimmen:

Amund, Claus
Becker, Fritz
Becker, Gesine
Blume, Johann
Bohnenkamp, Hinr. Chr.
Bollmeyer, Karl
Borchers, Robert
Castendyl, Bruno
Deisen, Wilhelm
Depfen, Johann
Ellerbrock, Hermann
Finke, Fritz
Hakenbroich, Adolf
Hanke, Wenzel
Harjehausen, Marie
Hertel, Carl, Dr.
Hirsch, Josef
Hohnholz, Heino, Prof.
Hünecke, Karl

Kriehof, Josef
Meier, Emil
Müller, Heinrich
Nienaber, Friedrich
Osterloh, Hermann
Parizot, Adalbert, Dr.
Priemer, Bernhard
Röder, Ludwig
Schucht, Wilhelm
Schumacher, Anton
Senger, Carl
Stadtlander, Wilh.
Tannenbergh, Wilhelm
Tappe, Gustav
Taube, Paul
Legtmeyer, Richard
Wagts, Erich
Wallemann, Carl

Nicht anwesend sind:

Becke, Waldemar
Blase, Wilhelm
Bockhoop, Diedrich
Böhm, Josef
Donath, Hans
Drost, Heinrich
Groß, Karl

Hansen, Jacob
Heineken, Agnes
Heinks, Heinte
Hente, Friedrich
Hillebrecht, Otto, Dr.
Holtorf, Wilhelm
Köhler, Diedrich

Kühl, Jürgen	Oppermann, Adolf
Lange, Hermann, Dr.	Rumpf, Hermann
Maßolle, Wilhelm	Schurig, Gottfried
Mester, Hermann	Wolf, Heinrich

III. 2. Antrag: Wichtigkeit von Mietverträgen.

Frau Becker (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem in dieser Angelegenheit erstatteten Bericht gibt die Deputation zu, daß Mietverträge in der Weise, wie in meinem Antrag ausgeführt worden ist, tatsächlich abgeschlossen worden sind und daß auch das Grundstücksverwaltungsamt rückständige Beträge des vorhergehenden Mieters von dem jetzigen Mieter eingezogen hat. Jetzt steht in dem Bericht, daß solche Mietverträge nicht durch die Bürgerschaft aufgehoben werden können. Ich möchte die Mitglieder der Bürgerschaft einmal fragen: Wozu sind wir eigentlich da, wenn wir keine Beschlüsse über die Deputation hinaus fassen können? Dann hat doch die ganze Bürgerschaft überhaupt keinen Zweck, wenn sie nicht über die Deputation hinaus beschließen kann, daß solche Mietverträge nicht mehr abgeschlossen werden dürfen. Ich stelle wiederholt den Antrag, daß dem Wohnungsinhaber die 200 *R.M.*, die er für rückständige Miete, Gerichts- und Rechtsanwaltskosten bezahlt hat, wenigstens wieder zurückerstattet wird, weil der Betrag unter einem Druck von dem Mieter eingefordert worden ist und weil er in die Wohnung schon eingezogen war, die er nur behalten konnte, wenn er sich mit dieser Drohung oder Forderung einverstanden erklärte. Ich betone nochmals, daß die Bürgerschaft gegenüber der Deputation den Beschluß fassen muß, daß solche Mietverträge nicht abgeschlossen werden dürfen und daß dieser Betrag zurückerstattet werden muß. Es steht ausdrücklich in dem Bericht, daß von einer Rückerstattung von einbehaltenen Mieten oder eingeforderten Mietrückständen Abstand genommen werden soll. Wenn in diesem Falle die Bürgerschaft nicht den Beschluß faßt, daß der betreffende Wohnungsinhaber die 200 *R.M.* wieder bekommen soll, dann erkläre ich nochmals, daß die Bürgerschaft in dieser Frage absolut gar keine Machtbefugnis mehr hat, sondern daß einzelne Deputationen und Behörden tun und lassen können, was sie wollen. Das wollen wir unterbinden. Ich ersuche die Bürgerschaft, meinem Antrage zuzustimmen, der dahin geht, daß Mietverträge nicht abgeschlossen werden dürfen, wonach rückständige Mieten von dem Wohnungsinhaber eingefordert werden können.

Mester (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte erklären, daß wir dem Antrage der Kommunisten nicht zustimmen können. Ich hätte geglaubt, daß Frau Becker diesen Antrag heute nicht mehr stellen würde, weil der Bericht deutlich genug sagt, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Eine eingehende Debatte innerhalb der Grundstücksverwaltung und der Baudeputation hat uns zu der Ueberzeugung gebracht, daß alles, was von kommunistischer Seite — auch von Frau Becker — in der letzten Sitzung vorgebracht ist, nicht verwendet

werden kann. Wir müssen heute sagen, daß Frau Becker es nicht einmal für notwendig gehalten hat, der Aufforderung des Grundstücksverwaltungsamtes, ihre Gegengründe und ihre Unterlagen vorzutragen, nachzukommen. Das beweist am allerbesten, daß das Material, das Frau Becker in Händen hat, nicht ganz richtig ist. Im übrigen können wir nicht so verfahren, wie es Frau Becker wünscht. Die in Frage kommenden Mietverträge beruhen auf Uebereinkunft mit dem Betreffenden und dem Grundstücksverwaltungsamt bzw. dem Staat. Und der Staat kann nicht die Miete denen schenken, die hineingekommen sind und alles verprassen, sondern wir müssen uns auf geregelten Grundlagen bewegen. Hier sind keine Uebervorteilungen vom Grundstücksverwaltungsamt vorgekommen. Wir müssen deshalb den Antrag der Frau Becker ablehnen.

Frau Becker (K.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wenn Herr Mester behauptet, daß das, was ich vorgetragen habe, nicht den Tatsachen entspräche, so tut es mir leid, daß Herr Mester sich die Quittungen nicht angesehen hat, wonach der Mieter Peters diese Summe bereits an das Grundstücksverwaltungsamt bezahlt hat. Er hat die Summe deshalb bezahlt, und er ist den Mietvertrag deshalb eingegangen, weil er sonst obdachlos geworden wäre. Und wenn er zufällig der Schwiegersohn des vorigen Mieters ist, so hat das mit der ganzen Sache doch gar nichts zu tun. Wenn die sozialdemokratische Fraktion glaubt, diesem Antrage nicht zustimmen zu können, so hat das ja seine Gründe; denn im Grundstücksverwaltungsamt und in der Deputation für Stadterweiterung sitzen ja in der Mehrzahl sozialdemokratische Mitglieder, und daraus ergibt sich, daß sie mit dieser Methode einverstanden gewesen sein müssen. Ich möchte den Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion ersuchen, sich einmal zum Kampfhöferdamm zu begeben, damit er über das, was ich vorgetragen habe, einmal Material bekommt. Ich habe alle diese Tatsachen vorgetragen, damit die Deffentlichkeit einmal sieht, wie in den einzelnen Behörden und Deputationen gegenüber der Arbeiterschaft gehandelt wird. Ich glaube, daß die Sozialdemokraten alle Ursache hätten, dafür einzutreten, daß diese Mieten zurückgezahlt werden, denn sie sind zu Unrecht erhoben worden. Und wenn die sozialdemokratische Fraktion das nicht verstehen will, so deshalb, weil sie jetzt Träger dieses bürgerlichen Staates geworden ist. (Lachen bei den Soz.)

Priemer (K.) verzichtet.

Der Antrag Becker wird abgelehnt.

Der Bericht wird entgegen genommen.

III, 3. Errichtung einer Tageserholungsstätte auf dem Thölken'schen Landgut.

Professor Dr. Dieß (B.A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage meiner Freunde zu sagen, daß wir dieser Vorlage nicht zustimmen werden und zwar aus folgenden Gründen: Wir sind der Ansicht, daß Bremen durch

die Summen, die es schon ausgegeben hat, einmal durch die Aussendung von Schulkindern, zweitens für Wanderungen usw. schon erheblich mehr leistet als andere deutsche Städte, und daß wir daher angesichts unserer heutigen finanziellen Lage nicht wieder 90 000 *R.M.*, wenn auch auf zwei Jahre verteilt, ausgeben sollten. Weiter aber ist diese Vorlage pädagogisch und medizinisch noch nicht genügend durchgearbeitet. Es ist uns bekannt, daß auch in dem Ausschuß, der vom Senat dafür eingesetzt worden war, Einsprüche vorgebracht sind, z. B. auch von Frau Heinke, sodaß wir nicht sicher sind, daß diese Vorlage so durchgearbeitet ist, daß sie heute schon verabschiedet werden kann. Endlich sind wir der Ansicht, daß, wenn die Vorlage auch eine verhältnismäßig kleine Summe fordert, wir doch gar nicht sicher sind, ob mit der Summe, die hier angefordert wird, die Tageserholungsstätte wirklich gebaut werden kann. Aus allen diesen Gründen sind meine Freunde für die Vorlage nicht zu haben.

Schucht (Hausb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man hat seinerzeit das Thölken'sche Landgut erworben, um dieses später einmal mit dem Waller Friedhof zu verbinden. Wenn jetzt eine Tageserholungsstätte dort errichtet werden soll, so erscheinen mir die Ausgaben, die auf Seite 196 der Vorlage verzeichnet sind, doch erheblich hoch, und ich möchte an Herrn Karrenberg die Anfrage richten, warum denn die Behörde für das Wohlfahrtswesen nicht auch in Erwägungen darüber eingetreten ist, das benachbarte Grundstück vom Kaffee Blome anzukaufen. Dieses Kaffee ist verhältnismäßig groß und in unmittelbarer Nachbarschaft. Es ist dem Staat angeboten worden, die Deputation für Stadterweiterung hat aber angeblich den Ankauf abgelehnt, weil der Kaufpreis zu hoch sei. Ich hatte heute morgen noch Gelegenheit, mit Herrn Senator Kaiser zu sprechen, ich habe ihm die Sache vorgebracht, und er war der Meinung, daß dieses Grundstück über kurz oder lang doch vom Staat erworben werden müsse. Herr Senator Kaiser sah ein, daß man dieses Grundstück mit den dort vorhandenen Einrichtungen eigentlich sehr wohl für die Tageserholungsstätte verwenden könne, auch die Tische und Bänke und was sonst alles zu einem vollständigen Wirtschaftsbetrieb gehört und von der Tageserholungsstätte einfach übernommen werden könnte. Herr Senator Kaiser meinte auch noch, wenn dieses Grundstück für die Tageserholungsstätte nicht in Betracht kommen sollte, daß es dann immerhin wertvoll sei für eine Kinderbewahranstalt, die auch in dieser Gegend errichtet werden solle. Weil also die Vorlage offenbar noch nicht spruchreif ist, beantrage ich

Zurückweisung an die Behörde für das Wohlfahrtswesen.

Frau Harder (S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In dem Bericht der Behörde wird auch auf die Fürsorgepflicht für die gesundheitlich bedrohten Kinder aufmerksam gemacht, es wird auf die 25 000 Kinder hingewiesen, für die

Erholungsfürsorge geschaffen werden soll. Ich weiß sehr wohl die Arbeit der Geschäftsstelle Landaufenthalt für Stadtkinder zu schätzen. Wenn wir aber heute durch unsere Vorstädte gehen, die vorwiegend von der arbeitenden Bevölkerung bewohnt sind, so muß uns doch in erschreckendem Maße auffallen, daß alle diese Kinder, die dort auf den Straßen spielen, sich in dem Staub und der Hitze dieser Straßen aufhalten müssen und im übrigen auf die meist viel zu engen Wohnungen angewiesen sind. Angesichts dieser Tatsache ist es eine Selbstverständlichkeit, daß für diese Kinder eine Tageserholungsstätte in der westlichen Vorstadt geschaffen werden muß. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß am 28. Oktober vorigen Jahres Herr Professor Diez der Meinung war, daß in der westlichen und auch in andern Vorstädten viel zu wenig Kinderheime vorhanden seien. Ich kann bei dieser Gelegenheit sagen, daß die in Frage kommenden Grundstücke bis heute noch nicht angekauft sind, trotzdem diese Grundstücke schon im August und September als zum Verkauf stehend bekannt waren und am 28. Oktober dem Ankauf in der Bürgerschaft zugestimmt wurde. Wenn nun aber heute Herr Professor Diez sagt, daß die Vorlage noch einmal zurückverwiesen solle — — —

Präsident: Das hat Herr Schucht beantragt!

Frau Harder: Und wenn Herr Professor Diez dem zustimmt, dann muß man wirklich sagen, daß diese Herren verkennen, was für die Kinder in den Vorstädten notwendig ist, sie verkennen, daß für diese gesundheitsbedrohte Jugend so schnell wie möglich etwas getan werden muß. Wir stimmen der Vorlage durchaus zu, darüber hinaus wünschen wir aber, daß dort auch ein Kleinkindergarten geschaffen wird. Es darf niemand sagen, daß nicht Geld genug dafür vorhanden ist. Es gibt in Bremen eine Menge Kinderbewahranstalten, die manchmal mit ganz ungenügenden Räumlichkeiten ausgestattet sind. Da muß Wandel geschaffen werden, und das Jugendamt ist dabei und überprüft diese Räume, und wenn Mißstände festgestellt werden, wird die Erlaubnis entzogen. Wir wünschen, daß die Tageserholungsstätte schnellstens in Angriff genommen wird; und wenn sich wirklich herausstellen sollte, daß noch mehr Mittel dafür erforderlich sind, so müssen auch die beschafft werden, denn unsere Kinder sind unser kostbarstes Gut. Ich bitte Sie, folgendem Antrage zuzustimmen.

Die Bürgerschaft beauftragt die Behörde für das Wohlfahrtswesen, zu prüfen, wie am besten auf dem Thölken'schen Landgute ein Kindergarten errichtet werden kann.

Priemer (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die westliche Vorstadt würde es begrüßen, wenn das Thölken'sche Landgut als Kindererholungsstätte ausgebaut würde. In der westlichen Vorstadt wurde zwar im Laufe der letzten Jahre etwas geschaffen — Waller Park, Luftbad, Waller Bad — aber wir haben bereits im vorigen Jahre in der Bürgerschaft wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig die Einrichtung eines

Kindergartens ist und wie notwendig es gewesen wäre, das frühere Herrenhaus des Waller Parks, in dem jetzt eine Wirtschaft eingerichtet ist, bereits damals als Kindererholungsstätte auszubauen. Auch damals war es Herr Schucht, der es abgelehnt hat, daß dieses Grundstück der westlichen Vorstadt oder der Bevölkerung überhaupt als Garten zur Verfügung gestellt wird. Heute kommt Herr Schucht und versucht neue Geschäfte zu machen dadurch, daß er sagt, wir müßten mit dieser Sache solange warten, bis der Inhaber des Café Mohrmann sein Grundstück veräußert hat. Diesen Vorschlag von Herrn Schucht müssen wir ablehnen. Wir begrüßen die Vorlage, und was später noch notwendig ist, werden wir beantragen. Jedenfalls kann man nicht heute als Häusermakler und morgen für das Gemeinwohl eintreten. Wir werden der Vorlage zustimmen.

Karvenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Professor Diez die ungünstige Finanzlage geltend macht gegen die Durchführung eines Projektes dieser Art, so steigt bei mir der Gedanke auf, daß man auf der Rechten bei anderen Dingen die ungünstige Finanzlage nicht anzuführen pflegt, z. B. wenn es sich um die Columbusmauer handelt, für deren Reparatur wir bereits fast fünf Millionen bewilligt haben und für die wir allein jährlich annähernd eine halbe Million Mark Zinsen aufbringen müssen. Die Ausgabe ist gewiß nötig. Angesichts dieser Tatsache hat aber wohl auch der bremische Staat so viel Geld übrig, um etwas für die Gesundheit unserer Kinder zu tun. (Professor Dr. Diez: Als ob wir nichts täten!) Das behaupte ich garnicht. Aber ich glaube, daß ich als Fachmann doch ein klein wenig mehr von der Sache verstehe. Ich gebe den Damen und Herren gern zu, daß der Betrag, den wir für Erholungszwecke, Wanderungen usw. ausgeben, immerhin schon eine beträchtliche Höhe erreicht hat; aber daß er schon die Höhe erreicht hätte, die der Notwendigkeit entspricht, wage ich nicht zu behaupten. Herr Professor Diez hat weiter gesagt, daß das Projekt nicht genügend geprüft sei. Seit zwei Jahren ist die Sache in Arbeit und durch die Wohlfahrtsbehörde unter Vorsitz von Senator Stahlknecht nach allen Seiten hin und mit allen Instanzen — mit der Baubehörde, mit dem Landesgesundheitsamt usw. — durchgesprochen. Das Ergebnis dieser langen Beratungen liegt Ihnen vor. (Professor Dr. Diez: Warum ist die Vorlage nicht bei der Schulbehörde gewesen?) Bei der Schulverwaltung ist die Sache auch gewesen. Daß Fräulein Heiniken gegen das Projekt gewesen ist, ist mir neu. Davon habe ich nichts gehört. Und da wäre doch wohl eigentlich die nächste Adresse, woran es hätte kommen müssen, wenn Einwendungen in pädagogischer Hinsicht in der Sache zu machen waren, meine Person gewesen. Senat und Finanzdeputation haben zugestimmt, also keine Bedenken mehr. — Die Vorlage hat zuerst eine etwas andere Form gehabt. Ich habe geglaubt, daß wir wohl etwas schaffen könnten, was man als Waldschule bezeichnen könnte. Gegen den Begriff Waldschule hat sich aber der

Gesundheitsrat gewandt und gesagt, man könne deswegen nicht von einer Waldschule sprechen, weil kein Wald vorhanden sei, sondern nur ein Park. Ich mußte das zugeben, zumal da dieser Park in unmittelbarer Nähe der Stadt liegt. Es ist auch eingewandt worden, daß hier gewisse schädliche Dunstschichten in der Luft vorhanden seien. Aber vom Landesgesundheitsamt ist durch Herrn Obermedizinalrat Dr. Bollmer anerkannt worden, daß auch die durch die Dunstschicht hindurch dringenden Strahlen noch wertvolle gesundheitliche Einwirkungen auf gewisse Kinder haben, die uns die Schulärzte benennen können. Die anderen Kinder kommen an die See, in Seebäder und in ähnliche Einrichtungen. Es steht ausdrücklich in der Vorlage, daß das Landesgesundheitsamt Bedenken nicht erhoben hat. Wir haben eine bezügliche schriftliche Erklärung von Herrn Dr. Bollmer vorliegen. Herrn Schucht möchte ich folgendes sagen: Ich würde große Bedenken tragen, diese Einrichtung an der Gröpelinger Heerstraße zu schaffen, wenn die Verwirklichung des Gedankens des großen Waller Parkes zeitlich sehr nahe läge. Aber vorläufig finden auf dem Friedhof noch zahlreiche Bestattungen statt, und es ist ja bekanntlich Vorschrift, daß nach der Schließung eines Friedhofes noch 30 Jahre verstreichen müssen, ehe der Friedhof planiert werden darf. Es ist also anzunehmen, daß mindestens noch 50 Jahre darüber hingehen werden, bis das Ganze zu einem Park zusammengezogen werden kann. Mittlerweile haben wir die Kosten, die in das uns vorliegende Projekt hineinzustecken sind, völlig amortisiert durch den Gewinn an körperlicher Gesundung unserer Kinder. Herr Schucht hat ferner gesagt, daß das Café Mohrmann zum Verkauf stehe. Das ist mir wohl bekannt, und wenn es zu haben gewesen wäre, so hätten wir es für unsere Zwecke gut gebrauchen können, denn die Räume liegen äußerst günstig. Aber, so viel ich gehört habe, ist ein unverhältnismäßig hoher Kaufpreis gefordert worden, und daran ist die Sache gescheitert. Wir haben von dem Kauf Abstand genommen. Der Mann mag sein Haus hergeben, wenn die Zeit reif dafür ist. Daß Herr Senator Raissen die Sache mit Mohrmann nicht genau gekannt hat, ist verständlich; das hat mit den Dingen aber nichts zu tun. Den Antrag von Frau Harder kann ich durchaus unterstützen. Das Gelände ist groß genug, um auch einen Kleinkindergarten darauf einzurichten. Und schließlich möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß ich endlich mal bei den Kommunisten mit einer Vorlage Beifall gefunden habe.

Der Antrag Schucht auf Zurückverweisung wird abgelehnt.

Der Antrag Harder wird angenommen.

Die Vorlage wird angenommen.

III, 4. Neubau einer Zentralküche auf dem Gelände der Krankenanstalt.

Schucht (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dieser Vorlage kann man sagen:

Der Appetit kommt beim Essen. (Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Schucht: Für den Bau der Zentralkochküche waren die Kosten ursprünglich auf 250 000 *RM* veranschlagt; jetzt soll sie 550 000 *RM* kosten. Wenn man sich allerdings die Pläne ansieht und feststellt, daß diese Zentralkochküche 56 m lang ist und daß außer den üblichen Räumen — Bratküche, Spülküche — ein Gemüseputzraum von 100 qm Größe vorhanden ist, dann kann vielleicht eine solche Summe herauskommen. Aber ich verstehe nicht: Ist denn die Zentralkochküche ursprünglich in dieser Größe nicht vorgesehen worden? Wäre es nicht eigentlich Aufgabe des Wirtschaftsdirektors, darauf zu achten, daß nicht ins Uferlose hinein die Gelder verpulvert werden, sondern daß möglichst sparsam vorgegangen wird? Denn gerade um Einsparungen zu machen sind wir doch seinerzeit zu einem Wirtschaftsdirektor gekommen. Auch das Fernheizwerk kostet 200 000 *RM* mehr. So kann ich noch verschiedenes anführen. In dem Kostenanschlag auf Seite 199 ist eine Straßeneinfriedigung mit 200 *RM* pro laufenden Meter angegeben. Wenn ich eine gewöhnliche Einfriedigung in Betracht ziehe, dann kostet die bei den jetzigen Preisen vielleicht 15 bis 17 *RM* pro laufenden Meter. Wie ist es aber denkbar, daß sie hier pro laufenden Meter 200 *RM* kosten soll? Auch wenn man die anderen Kostenanschläge vergleicht, so muß man feststellen, daß die darin enthaltenen Preise ebenfalls von einander abweichen. Wie das möglich ist, ist mir als Laie unverständlich. Da wäre es eigentlich Aufgabe des ständigen Bauausschusses, in dem die Sachverständigen sitzen, zunächst einmal die Vorlage zu prüfen, ob alle die Summen, die in diesen Kostenanschlägen enthalten sind, richtig sind. Denn die Bürgererschaft hat doch nun einmal einen ständigen Bauausschuß, und Aufgabe dieses Ausschusses ist es, bevor derartige Bauprojekte an die Bürgererschaft gelangen, ein Sachverständigengutachten darüber abzugeben, ob die Preise, die in den Kostenanschlägen angeführt sind, angemessen sind. Aber wir haben es bei der Gesundheitsdeputation schon öfter erfahren müssen, daß derartige wichtige Vorlagen zwei Tage vor der Bürgerchaftssitzung oder vor den Ferien verabschiedet werden sollen offenbar in dem Glauben, daß dann alles ohne Monitum rasch erledigt wird. Ich beantrage,

die Vorlage zunächst dem Bauausschuß zur Prüfung zu überweisen.

Präsident: Der Bauausschuß hat sie schon gehabt.

Schucht: Die Vorlage enthält darüber nichts.

Präsident: Der Bauausschuß behandelt solche Vorlagen, ehe sie an die Bürgererschaft kommen. Die Gelegenheit dazu hat er jedenfalls gehabt; ob er sie benutzt hat, weiß ich nicht.

Schucht: Mit keinem Wort ist aus der Vorlage diese Tatsache zu ersehen.

Präsident: Sie kennen den Geschäftsgang nicht. Wenn die Vorlage der Bürgererschaft zugeht, muß sie auch der Bauausschuß bekommen.

Schucht: Dann bitte ich, daß die Vorlage trotzdem nochmals dem Bauausschuß vorgelegt wird und zwar zur Prüfung der einzelnen Beträge, die in den Kostenanschlägen verschieden berechnet sind. Es ist doch unmöglich, daß in einem Kostenanschlag eine Sache mit so und so viel Mark veranschlagt wird, während derselbe Gegenstand in dem anderen Kostenanschlag so und so viel Mark höher berechnet wird. Dann ist wohl die Sache nicht so geprüft worden, wie sie vielleicht hätte geprüft werden müssen.

Frau Jungmittag (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon vor zwei Jahren hat Herr Professor Dr. Grober auf die unzulänglichen Verhältnisse in der Küche unserer Krankenanstalt hingewiesen. Wer die Verhältnisse kennt, muß die Leitung der Küche bewundern, daß sie es fertig bringt, heute noch für etwa 2000 Personen dort zu kochen, zumal die neuzeitliche Krankenpflege betreffs Ernährung doch größere Anforderungen an eine solche Küche stellt. Es darf deshalb wohl auch von dieser Stelle einmal gesagt werden, daß gerade die städtischen Krankenanstalten, in früheren Jahren in Bezug auf die Verpflegung nicht in bestem Ruf standen. In dieser Hinsicht hat sich vieles bedeutend verbessert. Das kann ohne weiteres festgestellt werden, denn es kommen fast gar keine Klagen mehr. Aus diesem Grunde wünschen wir, daß die Vorlage nicht zurückgestellt wird, wie es Herr Schucht verlangt, sondern daß der Bau beschleunigt wird, damit die in Frage kommenden Personen ihre schwere Arbeit in gesunden und lustigen Räumen verrichten können — zum Wohle der Kranken.

Karlmeyer (B. A.): Herr Präsident! Mein Damen und Herren! Ich möchte mich der Bitte anschließen, die Frau Jungmittag vorgetragen hat, und die Bürgererschaft ersuchen, der Vorlage ohne weiteres zuzustimmen. Wir arbeiten heute in der Krankenhausküche unter Verhältnissen, wie sie nicht mehr lange ertragen werden können. Herr Professor Grober hat, wie Frau Jungmittag sagt, mit vollem Recht betont, daß es für ihn ein Geheimnis sei, wie es fertig gebracht werden könne, daß aus einer so unzulänglichen Küche 1200 Kranke und etwa 400 Angestellte gespeist werden können. Herr Schucht hat Recht, wenn er sich darüber aufregt, daß die Küche zunächst mit 250 000 *RM* veranschlagt worden ist, und jetzt 550 000 *RM* gefordert werden. Daran ist aber nicht die Deputation für das Gesundheitswesen schuld. Seinerzeit war der Bürgererschaft ein Generalbericht über die Umbaupläne erstattet worden, in dem dargelegt ist, was vom gesundheitlichen Standpunkt aus erforderlich sei. Als dieser Plan fertiggestellt war, haben wir das Hochbauamt ersucht, die Pläne auszuarbeiten, und dann ist nach einer oberflächlichen Kalkulation für die Küche eine Summe von 250 000 *RM* veranschlagt worden. Ich gebe zu, daß die Baudeputation bezw. das Hochbauamt

zunächst einen Plan überreicht hatte, dessen Ausführung wahrscheinlich keine 550 000 *R.M.* gekostet haben würde. Das aber das Neubauprojekt der Zentralküche diese Ausdehnung angenommen hat, dafür nehmen wir einen Teil des Verdienstes in Anspruch. (Schucht: Und wir bezahlen es!) Es ist eine ganze falsche Sparsamkeit, in einem Krankenhaus mit einer unzulänglichen Küche sich behelfen zu wollen. Das werden mir alle Damen in der Bürgerschaft bestätigen. Fast alle modernen Krankenanstalten haben leider den Fehler gemacht, daß sie unzulängliche Küchen haben. Unser Plan ist in allen Einzelheiten sowohl mit unserer sachverständigen Kochkuchenvorsteherin, wie auch mit dem Proviantmeister und dem Verwalter aufs eingehendste durchgesprochen worden. Alle Frauen werden ihre Freude an den vorliegenden Plänen haben. (Schucht: Wenn nur nicht insolge dessen die Krankenhausbeiträge erhöht werden!)

Der Antrag Schucht wird abgelehnt. (Theil: Gibt es denn überhaupt noch einen Bauauschuß?) Die Vorlage wird angenommen.

III, 5. Bau des Aufnahme- und Verwaltungsgebäudes der Krankenanstalt.

Die Vorlage wird angenommen.

III, 6. Aenderung des § 96 des Gesetzes, betr. Ausführung der Deutschen Prozeßgesetze und der Konkursordnung.

Castendyck (D. N.): Der Juristische Ausschuss hat keine Bedenken.

Das Gesetz wird in einmaliger Lesung angenommen.

Präsident: Es ist folgender Dringlichkeitsantrag Wenhold eingegangen:

Die Bürgerschaft ermächtigt die Finanzdeputation, zur Beschaffung von Decken, Matratzen und Schlaffsäcken für die

Jugendherberge im Neuenlande

Mittel bis zum Betrage von 15 000 *R.M.* bereitzustellen.

Sie wollen die Dringlichkeit doch damit begründen, daß dies die letzte Sitzung vor den Ferien ist und die Zeit drängt? (Heiterkeit — Wenhold: Jawohl!)

Die Dringlichkeit wird angenommen. (Zurufe: Ohne Debatte annehmen.)

Wenhold (D.): Angesichts der bewilligungsfreudigen Stimmung der Bürgerschaft scheint mir eine Begründung nicht notwendig zu sein.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Es ist folgender Dringlichkeitsantrag Depton eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt, dem Landesgesundheitsamt weitere 3000 *R.M.* zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Summe soll durch Beschaffung von Serum und kostenfreier Impfung eine wirksame Bekämpfung der neuerdings wieder auftretenden

Maul- und Klauenseuche

durchgeführt werden.

(Heitere Zurufe: Die Dringlichkeit liegt in der Zeit begründet!)

Die Dringlichkeit wird angenommen.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag Starcker vor:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Baugesundheitswesen und Stadterweiterung anzuweisen, daß das in Aussicht genommene Schuttanfahnen nach dem Gelände östlich des Hohwegs

(Auf dem Kamp) unterbleibt und Vorsorge getroffen wird, daß mit dem vorhandenen Hausmüll die Kuhlen, Kolke und Braken zugeschüttet werden.

(Heitere Zurufe: Die Dringlichkeit liegt in der Zeit begründet! Allseitige Heiterkeit.)

Die Dringlichkeit wird angenommen.

Starcker (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe am Sonntag erfahren, daß die Stadterweiterung plötzlich da draußen in Walle, im Blockland, wo am Hohweg jetzt der Schuttberg besteht, sämtlichen Kleingärtnern ihre Parzellen auf der gegenüberliegenden Seite kündigen wird, weil auf diesem Gelände ein neuer Schutthaufen angelegt werden soll. Die Empörung dort ist sehr groß, und von Sonntag, wo das bekannt geworden ist, bis heute mittag haben sich 225 Kleingärtner eingezeichnet, um in letzter Stunde Protest gegen diese Maßnahme zu erheben. Wer gestern das Blockland besucht hat, der hat auf jeden Fall die Nase sehr vollbekommen, und ich wünsche meinem schlimmsten Gegner nicht, daß er hingegangen ist, denn von dem Schuttberg wird jeder, der dorthin kommt, die Nase voll kriegen. Wenn die Kündigung Wirklichkeit wird, dann haben alle die Kleingärtner und Bauern da draußen ihre Arbeit und Mühe umsonst angewandt. Das Land ist da draußen überall im gutem Zustande. Wenn starker Wind herrscht, kann man übrigens den Schuttberg gar nicht einmal sehen, soviel Papiersegen und Staub fliegen da herum. Und deshalb hoffen die Kleingärtner, daß dort gesündere Zustände eintreten, wenn dieser Schuttberg einmal aufhört, wie es jetzt den Anschein hat. In dieser Gegend ist ja auch das Waller Fleet, wo der Osterdeich des Westens hin soll. Wenn auf der andern Seite nun ein neuer Schuttberg angelegt werden soll, wo ohnehin schon nicht weit davon die Pumpstation mit ihrem Gestank vorhanden ist, und wenn man sich vorstellt, daß man da ja auch Sportplätze dort angelegt hat, so kann man sich einfach nicht vorstellen, daß ein Bürgerschaftsmitglied die Ansicht vertreten könnte, daß dort ein neuer Schuttberg angelegt werden soll, und daß zu diesem Zwecke den Kleingärtnern ihr schönes Land weggenommen werden soll. Was da an Schutt hinaus kommt, kann ich mit einigen Zahlen belegen. Es kommen täglich 60 bis 70 Fuder Schutt hinaus, darunter verkaufte Fische und Krabben. Die Ratten finden dort soviel zu fressen, daß sie sich ungeheuer vermehren. Es wird aber nichts getan, um die Rattenplage zu bekämpfen. Brunnenwasser ist auch nicht vorhanden; und doch ist es dringend notwendig, daß dort ein öffentlicher Brunnen angelegt wird. Der ganze Schutt aus dem großen

Bezirk Oslebshausen-Gröpelingen bis zum Parkviertel wandert dort hinaus. Da können Sie sich denken, was da alles zusammenkommt. Warum baut man den Hohlweg nicht aus und pflastert ihn? Der Müll könnte viel weiter hinaus ins platte Land kommen, jedenfalls muß die Bürgerschaft versuchen, eine solche Maßnahme rückgängig zu machen. Es sind doch anderswo genug Löcher und Moräste vorhanden, die man mit dem Schutt zuwerfen könnte. Ich denke da z. B. an die Warturmer Heerstraße mit all ihren vielen Löchern, dort könnte dieser Schutt doch sehr gut hinein kommen. Jedenfalls darf es nicht angehen, daß der Schutt in der Nähe der Stadt aufgehäuft wird. Bedenken Sie, daß Hunderte von Familien nachts draußen in den Kleingärten schlafen. Im Frühjahr hatten wir 200 Personen gezählt, die draußen wohnen, und jetzt im Sommer wird diese Zahl noch viel größer sein. Ich bitte diese Frage nicht als Parteifrage anzusehen, sondern als eine Frage, in der alle Anwesenden ohne Unterschied der Partei einer Meinung sein müssen. Wir alle hier müssen doch anerkennen, daß die Kleingartenbewegung etwas gutes und gesundes und notwendiges ist, und daß man sie nicht durch derartige Maßnahmen schädigen sollte.

Der Antrag wird angenommen. (Bravo! links.)

V. Antrag: Eingabe wegen Polizeigesetz.

Die Bürgerschaft überweist den ihr vom Landesverband der bremischen Polizeibeamten e. V. am 3. Mai 1928 übergebenen Entwurf eines Polizeigesetzes der Deputation für die innere Verwaltung.

Noch (S.): Herr Präsident! In der Sitzung, in der der Entwurf der Bürgerschaft übergeben wurde, ist der sonst übliche Ueberweisungsantrag versehentlich unterblieben. Dieses Versehen soll mein Antrag wieder gut machen. Ich bitte die Damen und Herren diesen anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

VI. Antrag: Rickmers-Park.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden dahingehend anzuweisen, daß Rickmers Park in seiner jetzigen Gestalt für die Allgemeinheit als öffentliche Parkanlage erhalten bleibt.

Emil Meier (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie berichtet wurde, soll Rickmers-Park aufgeteilt werden. Mein Antrag geht nun dahin, dies zu verhindern. Es handelt sich hier um einen Naturpark, wie man ihn selten findet, und manche Stadt würde sich freuen, wenn sie eine solche Erholungsstätte erhalten könnte. Es ist ein idyllischer Park mit schönen schattigen Wegen, die nach dem Achterdiek-Bad gehen. Achterdiek-Bad und Rickmers-Park gehören zusammen. Wenn auch noch andere Wege zum Achterdiek-Bad führen, so ist doch derjenige durch Rickmers-Park der am meisten begangene. Nicht nur die Schwachhäuser Vorstadt hat ein Interesse an der Erhaltung dieses Parks, sondern Tausende erholungsbedürftiger Menschen aus der ganzen Stadt besuchen ihn, um

dort Gesundung zu suchen. Ich bitte deshalb, meinem Antrag die Zustimmung nicht zu versagen.

Deppen (M.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist der Ansicht, daß in dieser Angelegenheit erst einmal die Deputation für die Stadterweiterung zu hören ist. Wir können nicht beurteilen, welchen Zwecken der Rickmers-Park dienen soll, ehe wir nicht den Bebauungsplan gesehen haben. Wir sind daher der Meinung, daß zunächst die Deputation für die Stadterweiterung einen Bericht zu erstatten hat und stellen folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Behörde für Stadterweiterung mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, den Rickmers-Park in seiner jetzigen Form als öffentliche Parkanlage bestehen zu lassen.

Drost (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß eine Berichterstattung ohne weiteres gegeben werden muß. Wir können von hier aus nicht entscheiden, was gedacht ist, und schließen uns aus diesem Grunde dem Antrag Deppen an.

Emil Meier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie doch bitten, dem Antrage Ihre Zustimmung nicht zu versagen, denn die Deputation für die Stadterweiterung hat sich mit dieser Materie schon eingehend beschäftigt. Schnellmöglichstes Handeln ist hier erforderlich, denn sonst sind die Baupläze eins, zwei drei verkauft.

Der Antrag Deppen wird angenommen.

VII. Antrag: Endstation der Straßenbahn in Horn.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem baldigen Bericht über die bei der Endstation der Straßenbahn in Horn geplanten baulichen Veränderungen zu beauftragen. Sie wünscht insbesondere die Vorlegung eines genauen Lageplans nebst dazu gehörigen Erläuterungen über die künftige Schienenverlegung.

Emil Meier (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag wegen des Berichtes der Straßenbahn einreichte, der der Direktion der Straßenbahn bekannt wurde, entfaltete letztere dort am anderen Tage eine fieberhafte Tätigkeit zur Legung einer Schleife, und ich kann Ihnen heute die Mitteilung machen, daß die Schleife bereits fertiggestellt ist. Heute morgen um 11 Uhr hat die Probefahrt stattgefunden, und am Sonntag morgen soll die Schleife in Benutzung genommen werden. Ob diese Sache an sich verkehrstechnisch richtig ist, darüber läßt sich sehr streiten, und damit hat die Bürgerschaft sich später zu beschäftigen. Die Bevölkerung schüttelt jedenfalls den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß eine solche verkehrreiche Straße wie die Berckstraße, auf der Tausende von Menschen nach Schorf oder nach Oberneuland gehen, daß man dort die Straßenbahn bis an den noch nicht 1 Meter breiten Fußweg herangeführt hat. Diese eine Frage wäre später noch zu regeln. Aber das ganze Vorgehen bei dem

Bau dieser Gleisanlage ist ungesetzlich. Ich habe mich der Mühe unterzogen und festgestellt, daß am 17. März 1911 wegen eines toten Gleises in der Gr. Johannisstraße und am 23. Oktober 1912 wegen der projektierten Legung einer Gleisschleife um das Museum seitens des Senats die Genehmigung bei der Bürgerschaft nachgeholt ist. Wenn ich es mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vorlesen darf, da heißt es in der Mitteilung des Senats betr. Gleisschleife um das Museum zum Schluß: Die Polizeidirektion beantragt danach, der Ausführung der Gleisschleife um das Handelsmuseum nach dem anliegenden Plan zuzustimmen. Der Senat trägt keine Bedenken, dem Antrage zu entsprechen und er ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten. Ich glaube, Herr Drost, das genügt zu beweisen, daß das, was geschehen ist, ungesetzlich ist und aus meinen Ausführungen geht hervor, daß in diesem Falle die Genehmigung der Bürgerschaft unbedingt hätte eingeholt werden müssen, selbst wenn es sich erst um einen Notbehelf bei der jetzigen Schleifenanlage handelt. Aber die schnelle Fertigstellung läßt doch sehr vermuten, daß die Sache nicht richtig gehandhabt worden ist. Man wollte die Bürgerschaft vor eine vollendete Tatsache stellen. Da sich das die Bürgerschaft nicht gefallen lassen kann, habe ich mir erlaubt, den folgenden Antrag einzubringen, um dessen Zustimmung ich bitte:

Die Bürgerschaft beschließt: Da die Verlegung der Straßenbahngleise in den Straßenkörper der Berckstraße ohne die erforderliche Genehmigung der Bürgerschaft erfolgt ist, ersucht die Bürgerschaft den Senat, der Straßenbahn aufzugeben, das Gleis wieder zu entfernen, jedenfalls die Benutzung des Gleises bis zur Genehmigung durch die Bürgerschaft zu verbieten.

Dr. **Sebert** (Bü.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Sache ist folgendes zu sagen: Die Anregung, den Weg vor dem St. Pauli-Restaurant vom Verkehr der Straßenbahn, insbesondere aber von den haltenden Straßenbahnen, freizumachen, ist schon vor langer Zeit von der Polizeidirektion ausgegangen. Es sind Verhandlungen vorausgegangen, wie sich das ermöglichen läßt. Und dabei ist man zu der jetzigen Lösung gelangt. Man hat eine Schleife angelegt über das St. Pauli-Restaurant hinaus und über eine Brücke, die besonders angelegt worden ist und dann durch die Berckstraße. Die Haltestelle befindet sich jetzt an der Ecke der Berckstraße. Diese Vorlage ist f. Bt. dergestalt bearbeitet worden, daß der Tiefbauausschuß sich dazu geäußert hat, ebenfalls die Polizeidirektion. Der Antrag ist im April 1927 gestellt und ist im Juni 1927 ordnungsgemäß beantwortet worden. Die Sache ist dann durchgeführt worden unter Kenntnis der in Frage kommenden Behörde. Es handelt sich um die Anlegung einer Gleisschleife, die im Interesse einer glatten Verkehrsabwicklung notwendig ist, um die große Heerstraße Schwachhausen-Horn-Oberneuland von den haltenden Wagen freizumachen, vor allen Dingen im Hinblick auf den starken Kraftwagenverkehr. Jetzt sind die

Verhältnisse so, daß man glaubt, daß sich die Abwicklung des Verkehrs für das Publikum wesentlich einfacher und angenehmer gestalten wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß den behördlichen Vorschriften durchaus genügt worden ist und der Antrag Meier auch deshalb nicht angenommen werden kann, weil, wenn die Befahrung der Gleisschleife verboten würde, die Straßenbahnwagen auf sämtlichen An- und Abfahrtsgleisen stehen bleiben würden. Die alte Gleisführung ist weggerissen, und es würde unmöglich sein, den Verkehr hin und zurück abzufertigen. Der Antrag ist also in dieser Form unannehmbar. Außerdem liegt auch für uns gar keine Veranlassung vor, dem Antrage zuzustimmen, da die rechtlichen Voraussetzungen auch durchaus erfüllt sind.

Söke (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Gebert hat bereits gesagt, daß die Polizeidirektion im Jahre 1927 den Antrag gestellt hat, die Verkehrsverhältnisse an der Endstation der Linie 4 zu ändern. Wer den Betrieb an der Haltestelle beobachtet hat, wird zugeben, daß die Zustände wirklich nicht angenehm waren, auch hinsichtlich des Automobilverkehrs, der von Jahr zu Jahr immer stärker geworden ist. Ich bin deshalb der Auffassung, daß die Verlegung der Haltestelle an die Ecke Berckstraße für das Publikum bedeutend besser ist, denn vorher mußten die Fahrgäste, wenn sie in die Straßenbahn einsteigen wollten, die Fahrstraße überschreiten. Das fällt jetzt weg. Nun meint Herr Meier, daß der Senat oder die betreffende Behörde erst die Bürgerschaft darüber hätte anhören müssen, ob die Gleisschleife angelegt werden soll. Ich habe die Vorlage vom 18. 10. 1910, auf die sich Herr Meier stützt, einmal herausgesucht. Dort heißt es allerdings, daß bei Anlegung von Straßenbahnlinien in Zukunft die Bürgerschaft darüber gehört werden muß. Selbstverständlich wird keine der Damen und Herren der Auffassung sein, daß, wenn neue Straßenbahnlinien angelegt werden sollen, darüber nicht einfach die Ausschüsse oder Deputationen beschließen können, sondern daß darüber ohne weiteres die Bürgerschaft gehört werden muß. Wenn nun Herr Meier die Fälle Museum und Gr. Johannisstraße anführt, dann sind wir selbst der Meinung wie Herr Meier. Aber es handelt sich hier nicht um etwas dauernd zu schaffendes, sondern es handelt sich bei dieser Schleife nur um ein Provisorium, das solange bestehen soll, bis die Regulierungsarbeiten in dieser Ecke einmal klargelegt sind. Daß man sich mit diesem Gedanken schon längst trägt, wissen Sie. Jedenfalls hat der Antrag Meier keine Bedeutung, weil es sich bei der Anlegung der Gleisschleife, wie bereits betont, um ein Provisorium handelt und außerdem dieselbe bereits fertiggestellt ist.

Dr. **Sebert** (Bü.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich aus dem Grunde nochmals zum Wort gemeldet, um die Anregung zu geben, ob nicht die Polizeidirektion in eine Prüfung der Frage eintreten kann, den übrigen Verkehr an der Berckstraße einstweilen zu sperren.

Emil Meier (Hb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den von den Herren Vorrednern gemachten Ausführungen kann ich nicht zustimmen. Herr Dr. Gebert hat nicht die Frage beantwortet, ob die Anlegung der Gleis Schleife gesetzlich oder ungesetzlich sei. Den Fall, den Herr Göze genannt hat, habe ich nicht mit angeführt; er käme also noch hinzu. Glauben Sie denn, daß der Senat, der vor 1918 doch eine ganz andere Macht hatte als heute, etwas derartiges gemacht hätte, wenn er es nicht nötig gehabt hätte? Die Herren können hier gute Reden gehalten. Sie müßten mal vor ihrem Hause einen solchen Pendelverkehr der Straßenbahn haben; ich möchte mal sehen, ob sie sich damit einverstanden erklärten. Es darf für die Bürgerschaft in dieser Angelegenheit kein Präzedenzfall geschaffen werden. Wohin sollte das führen! Vor allen Dingen darf sich die Bürgerschaft von der Straßenbahn nicht an die Wand drücken lassen. Die Sache ist ungesetzlich. Wenn sich der Senat früher die Zustimmung der Bürgerschaft hat geben lassen, wo es sich, wie bei der Gr. Johannisstraße, nur um ein totes Gleis handelte, dann muß er es in diesem Falle auch. Ich bitte die Bürgerschaft, meinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag Meier wird abgelehnt.

VIII. Antrag: Schwerkraftwagenverkehr.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um beschleunigten Bericht, welche Maßnahmen getroffen sind oder beabsichtigt werden, um die durch den Schwerkraftwagenverkehr entstehenden Schäden an den Häusern zu vermeiden und die drohenden Gefahren für die Anwohner der stark überlasteten Verkehrsstraßen abzuwenden. Ferner wird eruchtet, die Polizeidirektion anzuweisen, die Fahrgeschwindigkeit der Autos und Motorräder ständig zu überwachen.

Senger (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren haben wir aus allen Stadtteilen Klagen gehört, daß durch den Schwerkraftwagenverkehr besonders die leichter gebauten Häuser in den Nebenstraßen sehr schwere Schädigungen erleiden. Es ist heute kein Hausbesitzer mehr, der darüber nicht zu klagen hätte. Ich habe mich wiederholt bemüht, durch kleine Anfragen in der Bürgerschaft darauf hinzuwirken, daß vielleicht durch Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit diesen Schädigungen entgegengewirkt wird. Vor 1 1/2 Jahren habe ich eine Anfrage wegen des Verkehrs in der Wittenbergerstraße gestellt. Man hat darauf eine Prüfung in der Weise vorgenommen, daß man einen leeren Motorwagen mit halb bepacktem Anhänger neunzehnmal durch die Straße fahren ließ. Man glaubte, auf diese Weise die Erschütterungswirkungen feststellen zu können. In Wirklichkeit wäre es richtiger gewesen, wenn man einmal die Erschütterungen festgestellt hätte, die durch die Kiezwagen und ähnliche Gefährte, die täglich die Straße befahren, herbeigeführt werden, und die große Risse in den Häusern verursachen. Nun haben wir ja in letzter Zeit des öfteren Beschwerden von Anwohnern der Bremer-

havenerstraße über derartige Schädigungen gehört. Verschiedene Geschädigte haben ihre Häuser photographieren lassen, um einmal die breitere Öffentlichkeit auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Es sind damit ja nicht nur materielle Schäden verbunden, sondern unter Umständen auch eine Gefährdung von Menschenleben, denn es ist wiederholt vorgekommen, daß infolge dieser schweren Erschütterungen schwere Bilder und Spiegel von den Wänden gefallen sind. Ich meine deshalb, daß die bremische Regierung endlich einmal eine Regelung treffen muß, damit diese Erschütterungen nach Möglichkeit vermieden werden. Ich bin mir selbstverständlich bewußt, daß die Entwicklung des Verkehrs nicht aufgehalten werden darf, und daß diese Wagen dort verkehren müssen. Ich glaube aber, daß man durch entsprechende Bestimmungen doch ganz entschieden etwas tun kann, um den Beschwerden abzuwehren. Mir ist auch bekannt, daß — ich weiß nicht, ob schon vom 1. Juli ab — eine Bestimmung in Kraft treten wird, daß nur noch sogenannte Lustreifen verwendet werden dürfen. Zugleich ist aber auch bestimmt, daß die bisherigen Bestände noch aufgebraucht werden dürfen. Und da diese Bestände doch immerhin von erheblichem Umfang sein werden, glaube ich, daß in absehbarer Zeit in dieser Frage doch nichts auf diesem Wege erreicht werden wird. Ich bitte Sie also, meinen Antrag anzunehmen.

In Verbindung damit komme ich zu dem zweiten Teil meines Antrages, der sich lediglich auf die Fahrgeschwindigkeit der Autos und Motorräder bezieht. Auch hier muß ich sagen, daß durch das außerordentlich schnelle polizeiwidrige Fahren nicht nur Materialschäden entstehen, sondern auch Unglücksfälle hervorgerufen werden, wenn es weiter so bleibt wie jetzt, daß die Polizeivorschriften so wenig Beachtung finden. So können wir feststellen, daß bei den Haltestellen der Elektrischen gar nicht selten Motorräder und Autos sich gar nicht um die polizeilichen Vorschriften kümmern und einfach glatt vorbei fahren, so daß die ein- und aussteigenden Fahrgäste gefährdet werden. Ich bitte also auch den zweiten Teil meines Antrages anzunehmen, damit die Unfälle auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden.

Fritz Becker (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die kommunistische Fraktion hat seit längerer Zeit Anträge und kleine Anfragen in dieser Angelegenheit gestellt. Die Bürgerschaft hatte ja auch einen Antrag wegen besserer Pflasterung der Bremerhavenerstraße angenommen, aber der Antrag wurde dann vom Senat selbstverständlich abgelehnt und ebenso die Entschädigung der geschädigten Anwohner. Wenn Herr Senger heute einen Bericht verlangt, so hat das wenig Zweck. Es handelt sich bei den Beschwerden über die Lastkraftwagen nicht nur um die Nebenstraßen, sondern auch um die Hauptstraßen, wo der Verkehr eine sehr starke Entwicklung genommen hat, z. B. in Gröpelingen infolge der Fertigstellung der Getreideverkehrsanlage und des Ausbaues des Industriefahrsens und der Kaliumschlagsanlage. Man wird hier durch polizeiliche Bestimmungen garnichts erreichen, sondern

nur durch zweckentsprechende Pflasterung dieser Straßen. Allen Fraktionen der Bürgerschaft ist ja eine Zuschrift der geschädigten Anwohner der Bremerhavenerstraße zugegangen, und es sind ihr Photographien beigegeben worden, die die Risse zeigen, die die Häuser infolge der Erschütterungen bekommen haben. Aber die Baudeputation hat natürlich festgestellt, daß diese Risse nicht so erheblich seien, und daß die Erschütterungen nicht so seien, wie die Kommunisten es zum Ausdruck gebracht hätten. Es sind aber Häuser dabei vorhanden, die vor dem Zusammenbrechen stehen. Ich bin deshalb der Auffassung, daß unbedingt etwas in dieser Richtung geschehen muß. Aber so, wie die Zusammensetzung der Bürgerschaft heute ist, ist ja wenig Hoffnung vorhanden, das durchgegriffen wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird ja alles tun, um diese Anträge zunichte zu machen. Die Frage ist deshalb besonders dringend, weil jetzt ja die Gröpelinger Heerstraße reguliert werden soll, sodaß sich der ganze Verkehr über die Bremerhavenerstraße erstrecken wird. (Zuruf von Starke.) Starke, du hast ja keine Ahnung! Ich stelle einen Antrag auf Entschädigung der Anwohner der Bremerhavenerstraße. Diese Häuser sind 1912 bis 1914 erbaut worden, und sie sind nach den Methoden gebaut, wie man damals Arbeiterhäuser gebaut hat. Die Leute, die darin wohnen, können deshalb nichts dafür. Die Häuser sind stabil gebaut, und nicht wie man es heute beliebt nach der Rößtermannschen Methode. Mein Antrag lautet:

Die Bürgerschaft beschließt: Der bremische Staat ist den Bewohnern, welche durch den starken Lastkraftwagenverkehr Schaden an ihren Häusern erlitten, Schadenersatzpflichtig.

Dr. Dronke (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, wenn Herr Senger sich zunächst die Mühe gegeben hätte, einmal die gesetzlichen Bestimmungen nachzulesen, dann würde er den ersten Teil seines Antrages nicht gestellt haben, jedenfalls nicht in dieser Form. Denn er würde gefunden haben daß in der bremischen Straßenverkehrsordnung, die in diesem Frühjahr erlassen worden ist, ausdrücklich bestimmt ist, daß der Verkehr mit Kraftwagen reichsgesetzlicher Regelung unterliegt. Er würde ferner gefunden haben, daß im Reichsgesetzblatt vom 16. März d. J. eine Reichsverordnung enthalten ist, die diesen Verkehr regelt, und daß vom 1. Oktober d. J. ab die Lastkraftwagen nur mehr mit luftgefüllten und nicht mehr massiven Reifen fahren dürfen. Für die bereits bereiften Wagen ist eine Frist bis zum nächsten 1. Juli gesetzt und für Anhänger eine etwas vermehrte Schonfrist. Er brauchte also keine Anfrage an den Senat zu richten, was in dieser Beziehung geschehen und beabsichtigt sei. Das ist alles im Gesetzblatt verkündet und bedarf keiner Verhandlung in der bremischen Bürgerschaft.

Dagegen, worin wir etwas tun können, das ist der Verkehr mit sonstigen schweren Wagen. Und die Klagen sind sehr berechtigt, die sich darauf beziehen, daß die Sandwagen und Steinwagen mit sehr schweren Lasten durch die Straßen fahren und einen Schaden anrichten, der mindestens ebenso beträchtlich

ist wie der durch die schweren Lastkraftwagen angerichtete Schaden. Da können wir von der Polizei aus regelnd eingreifen. Wenn wir in dieser Beziehung also etwas tun wollen — und ich halte es für sehr erwünscht, daß im Interesse der Hausbesitzer bald etwas geschieht —, so in der Richtung, daß der Antrag Senger insofern abgeändert wird, daß es heißt durch den Verkehr von schweren Wagen.

Dann haben wir noch den Wunsch, daß die Wagen unserer Straßenreinigung, insbesondere die neu angeschafften schweren Reinigungswagen, die nachts durch die Straßen fahren, nicht unter Entwicklung von soviel Geräusch und Erschütterung fahren. Ich habe mir einen solchen Wagen angesehen und festgestellt, daß er massiv bereift ist. Das muß die Verwaltung abstellen.

Söke (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrage Dronke zustimmen. Es ist richtig, daß reichsgesetzliche Regelungen getroffen worden sind, die in dieser Hinsicht eine Aenderung herbeiführen werden. Wir haben uns im Tiefbauausschuß im engeren Kreise mit dieser Frage beschäftigt und sind der Auffassung, daß ohne weiteres etwas geschehen muß, soweit es im Rahmen der Möglichkeiten liegt, damit diese Häuser geschützt werden.

Die Möglichkeiten sind schon durch die reichsgesetzliche Regelung gegeben. Aber die Dinge liegen doch so: Wir werden nach meiner Auffassung auch durch die Verbesserung der Straßen mit Asphaltbelag diese Erschütterungen nicht beseitigen, sondern nur mindern können. Das ganze Uebel liegt in den Fundamenten der Wohnhäuser. Die Wohnhäuser sind in einer Zeit gebaut, wo die Entwicklung des Automobilverkehrs noch nicht so weit fortgeschritten war wie heute. Kein Mensch hat daran gedacht, daß in einer solch kurzen Zeit der Automobilverkehr sich derartig entwickeln würde. Deshalb konnte man sich damals mit einer geringeren Fundamentierung der Wohnhäuser abfinden. Das ist heute nicht mehr möglich. Abhelfen kann da nur, daß man die Fundamentierung der künftig zu bauenden Häuser stärker macht. Ferner müssen die Straßen breiter angelegt werden als früher. Eine stärkere Fundamentierung hätte aber auch dann wenig Zweck, wenn die Straßen so eng angelegt würden wie früher. Erst wenn sich die schweren Lasten der großen Kraftfahrzeuge auf eine größere Straßenfläche verteilen, kann die Erschütterung der Häuser, wie wir sie jetzt feststellen, aufhören. Wir können selbstverständlich dem Antrag der Kommunisten nicht zustimmen, daß nun der Hausbesitz dafür entschädigt werden soll. Ich glaube, Ihre Anhänger werden sich für derartige Anträge, wie Sie sie hier stellen, sicherlich schwer bedanken. Wir lehnen den kommunistischen Antrag ab und stimmen der Formulierung des Antrages der demokratischen Partei zu.

Freih. Becker (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Faust den Zwischenruf machte das sei ein Antrag der Hausbesitzer und glaubte darauf hinweisen zu müssen, daß die Hausbesitzer dadurch nicht so schwer betroffen würden, dann bitte ich, sich mal die Photographie der von

den Erschütterungen betroffenen Häuser anzusehen. Und durch diese Schäden werden auch die Mieter schwer in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es sich nun um Hausbesitzer handelt, die Arbeiter sind, dann treten wir auch für diese Hausbesitzer ein. (Lebhafte Zwischenrufe. Lärm.) Wenn Göhe als Bau Sachverständiger, der er doch als Fachmann eigentlich sein müßte, daran erinnert, daß man früher nicht mit einer derartigen Entwicklung des Automobilwesens gerechnet hat und deshalb die Fundamentierung nicht so stark machte, dann möchte ich ihn an seinen Freund Kellner im Wohnungsausschuß erinnern, der heute dazu übergeht, Häuser zu reparieren, die er erst vor einem Jahr gebaut hat. Ueberall fällt der Putz von den Wänden, und wenn die Bewohner auf den Boden gehen, und es ist draußen Regenwetter müssen sie einen Regenschirm mitnehmen. So sehen die Häuser aus, die heute gebaut werden. Wenn durch diese Straßen ein Automobilverkehr wäre, dann würden sie glatt zusammenfallen. Es handelt sich aber um tote Straßen, in denen überhaupt kein Verkehr ist. Ich habe bei dieser Gelegenheit gesagt, daß sich der Wohnungsausschuß dafür interessieren soll, wofür die Staatsgelder heute beim Häuserbau verschleudert werden. Wie verhält sich denn die Sache beim Wohnungsbau. Darüber wird nicht geredet. Das stimmt alles. Darüber kann man nicht reden, weil die Regierungsparteien drin sind. Die Möglichkeiten, die hinsichtlich des Luftverkehrs geprüft werden, ändern an der Sache absolut garnichts. Die Häuser werden heute schon durch den leisesten Verkehr erschüttert. Das geht von morgens um 4 bis abends um 9 Uhr in der Bremerhavener Straße. Nun stellen Sie sich einmal vor: Es sind Arbeiter, die dort wohnen, die, wie z. B. auf der Bremen-Besigheimer Oelfabrik, in Wechselschichten arbeiten und die am Tage schlafen müssen. Das ist aber bei dem heutigen Verkehr und den starken Erschütterungen unmöglich. Diejenigen Leute, die dort Beschäftigungen vorgenommen haben, haben schon mit einer gewissen Voreingenommenheit diese Geschichte beurteilt. Man hat an demselben Tage den Automobilverkehr durch einen Schutzmann abstoppen lassen, damit er nicht so zu hören war. Das sind Machinationen, mit denen man die Öffentlichkeit täuschen will. Wir verlangen hier in aller Öffentlichkeit, daß für diese Leute etwas geschehen muß, einerlei, ob es sich um Hausbesitzer oder Mieter handelt. Diese Leute müssen entschädigt werden. In einem Falle z. B. machte sich der Mieter sein Zimmer, in acht Tagen war es wieder kaputt gemacht. Sehen Sie sich die Photographien an, dann werden Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß der Antrag angenommen werden muß.

Senger (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ganz selbstverständlich, daß durch eine sachgemäße Pflasterung diese Erschütterungen auf dem schnellsten Wege vermieden werden können. Soweit sind wir aber noch nicht. Sie wissen, daß wir uns augenblicklich derartige Ausgaben nicht gestatten können. Deswegen muß etwas geschehen, was im Rahmen des Möglichen liegt. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag anzu-

nehmen mit der eben beantragten Aenderung. Im übrigen ist vielfach die leichte Bauweise der Häuser als Grund der Erschütterungen angeführt worden. Das kann sich natürlich nur auf die neuen Häuser beziehen. Aber die Häuser, um die es sich hier handelt, sind solche, die vor Einsetzen des schweren Lastkraftwagenverkehrs gebaut wurden, also vor 1920. Diese haben m. E. darunter zu leiden.

Der Antrag Becker wird abgelehnt.

Der geänderte Antrag Senger wird angenommen.

IX. Antrag: Müllabfuhr.

(Wortlaut siehe Seite 189).

Priemer (R.) ist wegen der großen Unruhe anfangs nicht zu verstehen: Die Pinnebergerstraße ist jetzt beiderseits bebaut. Es sind im Laufe der Zeit dort weitere Wohnhäuser gebaut worden. (Zwischenruf Faust.) Faust, wenn Du mich neckst, schmeiße ich Dir das Messer in die Presse. (Unruhe, Heiterkeit und Zurufe.)

Präsident: Herr Priemer, ich bitte Sie, hierher zu kommen und von hieraus zu sprechen. Ich möchte Sie bitten, Platz zu machen, damit der Redner frei reden kann. Im übrigen möchte ich Sie bitten, sich in Ihren Äußerungen zu mäßigen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen; ich müßte sonst die Sitzung unterbrechen.

Priemer: Wenn sich 35 bis 40 Familien in einer Straße angesiedelt haben, dann ist es ganz selbstverständlich, daß auch der Hausmüll wie in den anderen Straßen abgefahren werden muß. Es genügt nicht, daß man einen Antrag stellt, wie es Starke getan hat, daß dieser Hausmüll an einer bestimmten Stelle abgeladen werden soll. (Zwischenrufe. Glocke des Präsidenten.) Es geht doch nicht an, daß die Hausbewohner den Müll 50 bis 100 Meter weit fortschleppen. Es steht fest, daß, nachdem mein Antrag in der Zeitung und auf der Tagesordnung stand, man von Seiten der Verwaltung der Straßenreinigung mit Listen bei den Eigentümern bezw. Mietern in der Pinnebergerstraße herumgegangen ist und hat gefragt: Wollen Sie unterschreiben, daß Ihr Hausmüll abgeholt wird. Bei anderen Leuten in derselben Straße hat man wiederum gefragt: Wo bringen Sie Ihren Hausmüll hin? Antwort: Na, das werden Sie wohl wissen, nach dem Bahndamm, weil er nicht abgeholt wird. Sie wissen doch, daß das verboten ist, hat man entgegnet und mit Strafanzeige gedroht. Die Anwohner haben die Müllkutscher befragt: Wie ist das, wollt Ihr den Müll mitnehmen. Antwort: Diesen berechtigten Wunsch können wir nicht erfüllen, weil wir ausdrücklich Anweisung haben, in die Pinnebergerstraße nicht hineinzufahren. Das sind Tatsachen, die die Anwohner der Pinnebergerstraße beweisen können, und ich habe keine Ursache, hier etwas anderes zu erzählen. Ich hätte diese Ausführungen nicht gemacht, wenn Starke nicht den Zwischenruf gemacht hätte. Aber das Recht, was Starke und die anderen Anwohner an der Holsteinerstraße für sich in Anspruch nimmt, steht wohl

auch den übrigen Steuerzahlern zu. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Mester (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat den Ausführungen des Herrn Priemer gegenüber zu erklären, daß auch wir selbstverständlich Verbesserungen in der Müllabfuhr wünschen. Aber wenn die Kommunisten Anträge stellen, dann müssen es auch solche sein, die durchgeführt werden können. Bei der Pinnebergerstraße handelt es sich heute noch um eine Sackstraße, die nur von einer Seite befahren werden kann. Erst wenn die dahinter gelegene Planstraße durchgeführt ist, kann selbstverständlich die Müllabfuhr erfolgen, wie sie in den anderen Straßen durchgeführt wird. Zur Zeit können die Wagen in der Pinnebergerstraße nicht wenden, weil sie zu schmal ist. Deshalb ist das Verhalten der Verwaltung wohl zu verstehen. Im übrigen gibt es in Bremen noch mehrere solcher Straßen, für die alle diese Verbesserungen durchgeführt werden müssen, und ich glaube, daß auch sie die Zeit abwarten können. Es handelt sich doch hier nur um eine Bagatelle. Ich bitte, den Antrag Priemer abzulehnen.

Frau Harjehausen (B. A.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bitte, den Antrag zu unterstützen. Ich höre eben mit Schrecken, daß die jetzigen Zustände wegen der Müllabfuhr noch solange andauern sollen, bis eine Durchfahrtsstraße vorhanden ist. Dann können die Anwohner noch lange Jahre warten, ehe der Müll aus der Pinnebergerstraße abgeholt wird. Ich bitte deshalb, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Sebert (B. A.): Ich bitte, den Antrag der Deputation zu überweisen.

Priemer (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Mester hat gesagt, die Anwohner müßten noch solange warten, bis die Straße durchgeführt ist. Mir scheint, daß Herr Mester die Straße und den dahinter liegenden Platz nicht kennt. Es handelt sich um eine 4 m breite Straße, die zu beiden Seiten einen Fußweg von 1 m Breite hat, und hinten liegt ein freier Platz, der tatsächlich als Wendepfad angelegt werden kann. Ich stelle jetzt folgendes fest: Unser Parteisekretariat ist vor etwa acht Tagen angeweckt worden durch einen bekannten Sozialdemokraten, der bei der Straßenreinigung angestellt ist und hat erklärt: Was wollt Ihr denn mit einem solchen Antrag; der Müll wird ja abgeholt. Er hat gleichzeitig dazu bemerkt, daß die Straße zu schmal sei und Fuhrwerke nicht hinein können. Das ist also ein Widerspruch sondergleichen. Derselbe Herr ist in der Pinnebergerstraße gewesen und hat dort den Leuten die Fragen vorgelegt, die ich vorhin angeführt habe. Ich bin bei den Sozialdemokraten und werde dafür sorgen, daß der Antrag der Kommunisten abgelehnt wird. So sind die Tatsachen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie können sich in der Pinnebergerstraße von der Richtigkeit überzeugen. Ich verstehe nicht, wie man sagen kann, die Leute müßten solange warten, bis dieses und jenes fertig ist. Ich habe schon bei den

verschiedensten Gelegenheiten festgestellt, daß die Sozialdemokraten, die früher dieselben und ähnliche Anträge gestellt haben, heute dagegen sind. Das ist eben Koalitionspolitik.

Der Antrag Sebert wird angenommen.

X. Antrag: Berufstätigkeit von Mitgliedern des Senats.

(Wortlaut s. S. 212.)

Präsident: Herr Bagts! Ich bitte Sie, diesen Antrag zurückzuziehen, denn ich habe noch niemals einem Mitgliede der Bürgerschaft Auskünfte in dieser Beziehung verweigert.

Bagts (D.-N.): Dann bin ich bereit, den Antrag zurückzuziehen!

XI. Antrag: Ruhegehaltsversorgung der Angestellten.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 8. Oktober 1926 wegen Ruhegehaltsversorgung der Angestellten und ersucht den Senat nunmehr, den darin geforderten Bericht bis zum 1. September 1928 zu erstatten.

Hünecke (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! — — —

Präsident: Geht es nicht ohne Debatte?

Hünecke: Ich hoffe es!

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Es ist folgende kleine Anfrage Köhler eingegangen:

Am 16. 12. 1921 wurde folgender Antrag angenommen: „Die Bürgerschaft beschließt: Der Senat wird ersucht, beim Reiche zu beantragen, daß die infolge der Unterweserkorrektion und der beschlossenen weiteren Vertiefung der Weser den Grundstücksinteressenten des bremischen Land- und Stadtgebietes entstandenen oder noch entstehenden Schäden auch so geregelt werden, wie dieses den oldenburgischen und preußischen Interessenten in den betreffenden Staatsverträgen zwischen Bremen und Oldenburg bzw. Preußen zugesichert ist.“

Ist der Senat bereit, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen?

Ist der Senat ferner bereit, bei der Wasserstraßenverwaltung darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Artikels 97, Absatz 3 der deutschen Reichsverfassung auch für die bremischen Grundstücke zur Anwendung gelangen? Schriftliche Antwort genügt.

(Schlußrufe.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich nicht nötig haben werde, Sie vor dem 21. September zusammen zu bitten, und wünsche Ihnen vergnügte Ferien und recht gute Erholung. (Beifall. — Rufe: Danke, gleichfalls!) Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 20 Uhr.